Nr. 41 ★ 20. Jahrgang

Berlin, 12. Oktober 1912

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Geldsacks-Juristen.

-r. Ohne Zweifel ist die Klassenjustiz, wie sie überall zutage tritt, wo proletarische Interessen mit kapitalistischen in Zwiespalt geraten, eine Quelle fortwährender Verbitterung in den Reihen der denkenden Proletarier. Bei dem hochentwickelten Rechtsbewußtsein, das uns Gegenwartsmenschen innewohnt, empfinden wir jede Rechtsbeugung und Rechtsverletzung viel stärker, als unsere Vorfahren früherer Zeiten. Darum wirken die Klassenurteile unserer Gerichte, von denen wir hören oder lesen, wie Peitschenhiebe, und wenn sich diese Klassenurteile in Zeiten großer wirtschaftlicher Kämpfe häufen, wie es beim letzten Bergarbeiterstreik wieder einmal der Fall war, so geht ein Sturm der Entrüstung durch die deutschen Gaue, und auch dem gleichgültigsten Arbeiter flammt die Zornesröte auf der Stirn. Man kann wohl ohne Uebertreibung behaupten: nicht so sehr die schlechte wirtschaftliche Lage oder die soziale Zurücksetzung ist es, was den einfachen Arbeiter empört; aber daß er weniger Recht haben soll, als die Angehörigen der besitzenden Klassen, daß man ihn als einen Menschen minderen Rechts betrachtet, bringt sein Blut in Wallung. Die schreiende Ungerechtigkeit des modernen Klassenstaates, der sich heuchlerischerweise einen Rechtsstaat nennt, erzeugt immer von neuem wieder das Gefühl der Abneigung, wenn nicht gar der erbitterten Feindschaft. Die Staatsmänner und Parlamentarier, die sich über das mißtrauische und feindselige Verhalten der Arbeiter gegen den Staat wundern und entrüsten, sollten nur mal die Wirkung der Klassenjustiz beobachten, und sie würden es verstehen, weshalb der Staat als der Feind betrachtet wird. Will man also die Quelle der Staatsfeindschaft verstopfen, so möge man doch den Grundsatz des gleichen Rechts für alle in die Wirklichkeit umsetzen. Aber eher wird das Wasser den Berg hinan fließen, als daß der Staat dies Mittel anwendet.

Die organisierten Arbeiter, die das Wesen des Staates und die Doppelnatur des Rechts erkennen, sind unparteiisch genug, die Ursache der Klassenjustiz nicht in den Personen zu suchen, sondern in dem System. Sie sprechen nicht von dem bösen Willen der Richter, wenngleich es auch unter den Richtern schlechte Menschen gibt, denen das Gerechtigkeitsgefühl mangelt; sie schreiben vielmehr der Umwelt, in der die Hüter des Rechts leben und weben, die Schuld daran zu, daß die allermeisten Urteile dem Rechtsempfinden der klassenbewußten Proletarier widersprechen. Wie wäre denn auch wohl ein Richter, der in kapitalistischen Anschauungen aufgewachsen und erzogen ist, der tagaus, tagein kapitalistische Luft atmet, imstande, den Interessen und Forderungen der um ihre Emanzipation ringenden Arbeiter gerecht zu werden! Selbst wenn er den besten Willen hat, gerecht zu urteilen, so wird sein Urteil doch immer von seiner Klassenzugehörigkeit beeinflußt. Wird er nicht ohne weiteres in dem Kampfe, der Kampfesweise und den Kampfmitteln des Proletariats ein Unrecht erblicken, das bestraft werden muß, und wird ihm nicht das Interesse des Kapitals als ein Heiligtum erscheinen, das geschützt werden muß? Nur ein weißer Rabe, einer unter Zehntausenden, wird vielleicht Willensstärke genug besitzen, sich aus den Fesseln der kapitalistischen Umwelt geistig freizumachen und dem Recht zum Rechte verhelfen.

Aus dieser Erkenntnis heraus fordern wir die Rechtsprechung durch das Volk. Wir wollen gerichtet werden von Leuten, die uns kennen und verstehen, die mit der Not der großen Masse fühlen, die einen Einblick haben in die Strömungen und Willensrichtungen der Volksseele. Der Rechtsgrundsatz der alten Germanen, daß man nur von seinesgleichen gerichtet werden darf, soll wieder zu Ehren kommen und auf einer höheren Stufe erneuert werden. Es ist dies nicht etwa eine unbillige oder utopistische Forderung; im Gegenteil haben die Gewerbegerichte und die Tarifschiedsgerichte bewiesen, daß dort, wo Arbeiter als Richter tätig sind, die Gerechtigkeit am besten gewahrt wird. Auch auf allen anderen Gebieten werden verständige Arbeiter viel unparteiischer urteilen, als weltfremde Richter, die unter dem Banne kapitalistischer Vorurteile stehen. Diese Tatsache wird von jedem ehrlichen Fachkenner zugegeben, und darum findet auch der Gedanke einer wachsenden Demokratisierung unserer Rechtspflege immer mehr Anhänger.

Selbstverständlich sind die Scharfmacher und Kapitalprotzen erbitterte Gegner einer vollständigen und arbeiterfreundlichen Rechtsprechung. Sie gehen von der vorgefaßten Meinung aus, daß die Justiz dazu da sei, das Klasseninteresse des Ausbeutertums gegen die proletarischen Ansprüche zu schützen und zu verteidigen, und wo sie auf ein Urteil stoßen, das auch dem proletarischen Bewußtsein gerecht zu werden versucht, da heben sie ein Geschimpfe an, dessen Frechheit und Gemeinheit gleich ekelerregend wirkt. Vor kurzem hatte die schlesische Landesversicherungsanstalt, also eine Behörde, die im Dienste der Allgemeinheit steht, einen jungen Arzt ohne Kündigung entlassen, weil er Sozialdemokrat war. Der Entlassene hatte keine Lust, sich seiner Gesinnung wegen wie ein räudiger Hund auf die Straße jagen zu lassen und wandte sich an das Breslauer Amtsgericht, das ihm recht gab. Dies Urteil erregte den Unwillen der Scharfmacher, und in den „Hamburger Nachrichten" bezeichnet ein Jurist den Richterspruch als „das Zeichen einer zunehmenden Proletarisierung unseres Richterstandes". Er behauptet, daß die Rechtsauffassung vieler Juristen in den letzten Jahren auffallend demokratisch geworden sei, und er führt diesen Umstand darauf zurück, daß sich die unteren Schichten immer mehr zum juristischen Studium drängten: „Ich habe vor vierzehn Jahren die Universität bezogen, und schon damals konnte man eine Menge Studenten der Rechtswissenschaft sehen, die nach Herkunft, Erziehung und aus sonstigen Gründen sich viel mehr zum Handwerker oder sonst einem praktischen Berufe geeignet hätten, als gerade zum Juristen. Diese Erscheinung hat sich noch gesteigert, und man konnte ja auch eben lesen, daß rund 30 Proz. der Studierenden aus Söhnen der unteren Stände bestehen. Daß diese angebliche Blutauffrischung wirklich eine Blutverbesserung bedeutet, möchte ich wenigstens bezweifeln." Mit dürren Worten heißt das also, daß die Juristerei ein Vorrecht der Söhne reicher Leute bleiben soll, und daß die Söhne der unteren Schichten dort nichts zu suchen haben. Diese Aeußerung des rechtsgelehrten Scharfmachers zeugt von einer Unverschämtheit, die eigentlich ein paar gehörige Ohrfeigen verdiente. Seiner Meinung nach sind die großen Massen des Volkes verpflichtet, sich von Leuten richten zu lassen, die bekanntermaßen ihre Zeit mit Saufen, Raufen, Huren und anderem Unfug hinbringen, und die deshalb am Ende ihres sogenannten Studiums so unwissend sind, daß man mit ihnen die Wände einrennen kann; ganz abgesehen davon, daß es ihnen an einer Kenntnis des wirklichen Lebens durchaus fehlt. Tatsächlich handelt es sich bei den nach der Ansicht dieses Geldsacksjuristen ungeeigneten Rechtskandidaten gar nicht mal um Söhne der unteren Schichten, denn die Arbeiter können ihre Söhne nicht studieren lassen, sondern um Angehörige des Mittelstandes. Und wenn er selbst diese für „ungeeignete Elemente" erklärt, so zeugt das von einer Ueberhebung, die an Größenwahnsinn grenzt.

Der Geldsacksjurist der „Hamburger Nachrichten" beklagt auch die unterständliche Milde der Gerichte bei der Behandlung von Streiksachen und die Bevorzugung des angeblich wirtschaftlich Schwächeren. Er verlangt also flipp und klar eine Klassenjustiz schlimmster Sorte. Wer sich gegen das Ausbeutungsrecht des Kapitals empört, der muß mit unerbittlicher Strenge behandelt werden, und wenn es sich um einen Streit zwischen Arbeitern und Kapitalisten handelt, so müssen die Gerichte den Kapitalisten recht geben. Er beklagt auch, daß das Ansehen des deutschen Richterstandes durch das Eindringen proletarischer Elemente leide. Das mag vielleicht in den Kreisen der Kapitalprotzen zutreffen; bei ehrlichen und vernünftigen Leuten wird das Ansehen der Richter und der Rechtsprechung steigen, wenn der Einfluß des Geldsacks schwindet und die soziale Gerechtigkeit den Sieg über die Klassenjustiz davonträgt. Schließlich wendet er sich an den Staat, damit er sich des bedrängten Rechts annähme. Es heiße immer, daß die bestehenden Gesetze zum Schutze des Staates und des Eigentums völlig genügten: „Das mag vielleicht richtig sein, aber nur bei einer zweckentsprechenden Anwendung durch die Gerichte, die man leider häufig vermißt. Und solange dies der Fall ist, muß der Richter durch die Gesetzgebung genötigt werden, das Recht so zu sprechen, wie es im Interesse der Erhaltung des Staates und auch im Sinne der vaterländisch gesinnten Gebildeten liegt. Denn einer von diesen letzten ist wertvoller als zehn sozialdemokratische Fabrikarbeiter oder Medizinalanwärter. Dann werden wir uns auch nicht mehr so oft über unglaubliche und unverständliche Urteile zu entrüsten haben."

Hier wird der nackte Klassenjustizstandpunkt proklamiert. Das Recht hat sich dem Interesse der Ausbeuterklasse unterzuordnen, die Richter haben sich den Ansprüchen der Ausbeuter zu fügen und der Staat hat dafür zu sorgen, daß die Justiz im Interesse des Ausbeutertums gepflegt wird. Geldsacksjuristen sollen die Göttin der Gerechtigkeit noch mehr verschandeln, als es schon heute der Fall ist, und das Volk soll sich das alles ruhig gefallen lassen. Weiter und höher kann die Unverschämtheit der Kapitalsprößlinge wohl nicht gesteigert werden. Glücklicherweise wird die wachsende Macht des organisierten Proletariats schon dafür sorgen, daß die Bäume der kapitalistischen Rechtsverschandler nicht in den Himmel wachsen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Monat August hat wesentliche Aenderungen im Wirtschaftsleben nicht gebracht. Alle Momente, die für die Beurteilung in Betracht kommen, deuten darauf hin, daß die günstige Geschäftskonjunktur anhält. Die Unternehmungslust in Handel und Gewerbe ist noch äußerst rege, ein Beweis dafür, daß die in Frage kommenden Kreise bestimmt auf eine längere Fortdauer der günstigen Konjunktur rechnen. Ob diese Hoffnung aber nicht jäh enttäuscht wird, ist eine andere Frage. Von der in der letzten Zeit eingetretenen politischen Verwickelung auf dem Balkan war im August noch nichts zu merken, es ist aber anzunehmen, daß die Balkanwirren, selbst wenn es den Mächten gelingen sollte, den anscheinend nicht zu verhütenden Krieg zu lokalisieren, das gesamte Wirtschaftsleben sehr ungünstig beeinflussen werden.

Die Ein- und Ausfuhr des Deutschen Reiches hat wiederum eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Einfuhr betrug im August 64 217 089 Doppelzentner gegen 60 322 676 Doppelzentner im August 1911; noch stärker stieg die Ausfuhr, nämlich von 48 907 073 Doppelzentner im August 1911 auf 56 593 143 Doppelzentner im August 1912. Entsprechend dem gesteigerten Handelsverkehr stiegen auch die Verkehrseinnahmen der Eisenbahnen. Beim Güterverkehr betrug die Einnahme 3268 Mk. auf den Kilometer im August 1912, das ist gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres eine Zunahme um 5,59 Proz. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr beziffern sich auf 1744 Mk. pro Kilometer, das ist 4,18 Proz. mehr als im August des Vorjahres. Der allgemeine Arbeitsmarkt zeigte im August eine leichte Besserung; auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich 132,79 Arbeitsuchende. Das sind allerdings noch 3,26 mehr als im August 1911. Die Neuinvestierungen erreichten in den ersten acht Monaten dieses Jahres den hohen Betrag von 997 920 000 Mk., im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden in Handel und Gewerbe nur 870 790 000 Mk. investiert. Während die Unternehmungslust im Baugewerbe sich immer noch in verhältnismäßig engen Grenzen bewegt, sind die Anforderungen, welche die Montanindustrie, die Industrie der Metalle und Maschinen und ganz besonders die Elektrizitätsgesellschaften an den Geldmarkt stellen, ganz außerordentlich hoch.

Schwer lastet die Teuerung der Lebensbedürfnisse auf dem deutschen Volk. Von einem Rückgang der Preise ist noch nichts zu spüren, im Gegenteil, die Fleischpreise insbesondere steigen immer noch. Nach einer Berechnung, welcher die Lebensmittelpreise in 192 deutschen Städten zugrunde liegen, und wobei der Nahrungsmittelbedarf einer vierköpfigen Familie gleich der dreifachen Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten gesetzt ist, stiegen die wöchentlichen Haushaltungskosten von 24,65 Mk. im August 1911 auf 26,66 Mk. im August 1912. Von der Verteuerung der Lebenshaltung kann man sich erst einen richtigen Begriff machen, wenn man die heutigen Preise mit weiter zurückliegenden vergleicht. Eine nach der gleichen Methode aufgestellte Berechnung ergibt, daß im Jahre 1896 die Haushaltungskosten 18,99 Mk. betrugen, sie sind also seither um 33,1 Proz. gestiegen. Diese rapide Steigerung der Lebensmittelpreise ist wohl die beste Begründung für unsere Forderung auf Lohnerhöhung. Sie straft jene Leute Lügen, die in diesen Forderungen nur die verhetzende Wirkung der Gewerkschaften erblicken wollen. —

Im Holzgewerbe zeigt die Arbeitsmarktstatistik die regelmäßig im August eintretende Besserung. Während im Juli noch 136,5 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen kamen, ging die Andrangziffer im August auf 116,4 zurück. Der August zeigt aber wie die vorhergehenden Monate ungünstigere Andrangziffern auf, als die entsprechenden Monate des Vorjahres. So waren im August 1911 nur 110,5 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen gekommen. In den vorhergegangenen Jahren 1908, 1909 und 1910 war allerdings der Stand des Arbeitsmarktes ganz bedeutend ungünstiger als im laufenden Jahre. Mit den Schwankungen, die sich aus der Statistik der Arbeitsnachweise ergeben, stimmen auch die Ergebnisse der Arbeitslosenzählungen im Deutschen Holzarbeiterverband überein. Am 31. August 1912 waren 1,66 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos gegen 2,04 Proz. am 31. Juli 1912 und 1,29 Proz. am 31. August 1911. Von den einzelnen Landesteilen weist insbesondere die Provinz Schleswig-Holstein einen starken Andrang von Holzarbeitern bei den Arbeitsnachweisen auf. Hier kamen auf je 100 offene Stellen 305,3 Arbeitsuchende. In Hamburg betrug die Andrangziffer 171,42. Das ist um so auffallender,

als im Juli hier nur 126,18 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen gezählt wurden, während wie im Reichsdurchschnitt, so auch fast durchgängig in den einzelnen Landesteilen ein Sinken der Andrangziffer zu konstatieren war. Die Nachfrage nach Arbeitskräften überstieg das Angebot bei den Nachweisen in Ost- und Westpreußen, wo auf je 100 offene Stellen 72,13 Arbeitsuchende kamen, ferner in Brandenburg mit Berlin, wo die Andrangziffer 97,49 betrug; in Posen betrug sie 71,57, in der Provinz Sachsen 98,79, in Westfalen 90,35, in Württemberg 94,53. Diese Zahlen müssen aber, worauf wir schon früher hingewiesen haben, mit der nötigen Vorsicht betrachtet werden, da die Organisation der Arbeitsnachweise nicht in allen Landesteilen in der gleichen Art durchgeführt ist.

Die allgemein zu konstatierende Unternehmungslust machte sich auch im Holzgewerbe bemerklich. Im Monat August wurden 3 814 700 Mk. neu investiert. Das ist nicht nur bedeutend mehr als im Vorjahr, wo im August 1 633 300 Mk. in Unternehmungen des Holzgewerbes neu angelegt wurden, auch der Monat August des Jahres 1907, der bisher die höchste Inanspruchnahme des Geldmarktes mit 3 358 000 Mk. aufwies, ist übertroffen. Insgesamt wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres 18 909 700 Mark neu investiert, davon entfallen 9 658 700 Mk. auf Neugründungen und 9 251 000 Mk. auf Kapitalserhöhungen. Bei den Neugründungen im August handelt es sich meist um die Umwandlung von Privatbetrieben in Gesellschaftsbetriebe. Erwähnenswert sind die folgenden: Die Hanseatischen Stuhlrohrfabriken Rümcker u. Ude Akt.-Ges. in Bremen, bezwecken die Uebernahme und Fortführung der seitherigen Firmen H. M. Rümcker in Bergedorf und Rudolf Ude u. Co. in Farge. Das Aktienkapital beträgt 1 500 000 Mk. Dem Vorstand gehören an Hugo Rümcker in Bergedorf, Oskar Rümcker in Hamburg und Rudolf Ude in Farge. — Die Möbelfabrik Zelder u. Platen in Berlin-Lichtenberg hat sich in eine G. m. b. H. umgewandelt mit einem Stammkapital von 845 000 Mk. Geschäftsführer sind August Platen und Adolf Zelder. — J. G. Vogel u. Sohn, G. m. b. H., in Plauen i. V. will die unter gleicher Firma bestehende Pianofortefabrik weiterführen. Das Stammkapital beträgt 150 000 Mk. Geschäftsführer ist Carl Quandt. — Waldeckische Stuhlfabrik G. m. b. H., in Mengeringhausen. Geschäftsführer Ottomar Pulkowsky, Stammkapital 40 000 Mk. — Schöttmarsche Möbelfabrik vorm. August Tellbüscher, G. m. b. H., in Schöttmar. Geschäftsführer August Tellbüscher in Lage und Heinrich Bode in Schötmar. Stammkapital 24 700 Mk. — Auch bei der Norddeutschen Holzwarenfabrik, G. m. b. H., in Kellinghusen, die mit einem Stammkapital von 20 000 Mk. gegründet wurde, handelt es sich um die Weiterführung eines bestehenden Betriebs, nämlich der Norddeutschen Stielfabrik Heinrich Ewe. Geschäftsführer sind Heinrich Ewe und Ernst Bösch.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz war im August geringer als im gleichen Monat des Vorjahres. Da aber in den früheren Monaten die Einfuhrziffern des Vorjahres zum Teil beträchtlich überholt wurden, übersteigt die Gesamteinfuhr der ersten acht Monate dieses Jahres mit 33 975 504 Doppelzentnern die des gleichen Zeitraumes im Vorjahr noch um 3,45 Proz. Im August wurden 8 869 850 Doppelzentner im Werte von 41 883 000 Mk. eingeführt gegen 9 207 661 Doppelzentner im Werte von 44 504 000 Mk. im August 1911. Von den einzelnen Holzarten steht Nadelholz weitaus an der Spitze. In den ersten acht Monaten wurden 32 051 580 Doppelzentner eingeführt (von Januar bis August 1911 31 873 779 Doppelzentner). Eine starke Zunahme weist die Einfuhr weicher Laubhölzer auf. Im gleichen Zeitraum wurden 2 294 589 Doppelzentner (1 912 402 Doppelzentner) eingeführt. Auch Eichen- und Buchenholz wurde in erheblich größeren Mengen eingeführt als im Vorjahre. Bei Eichenholz beträgt die Einfuhrmenge 1 944 490 Doppelzentner (1 644 095 Doppelzentner), bei Buchenholz 1 263 631 Doppelzentner (1 021 684 Doppelzentner). Ein Rückgang ist nur bei Zedernholz zu konstatieren, von 170 841 auf 162 568 Doppelzentner.

Wie die Einfuhr von Holz, so zeigt auch die Ausfuhr von Holzwaren im Monat August geringere Ziffern als der Vergleichsmonat des Vorjahres. Es wurden 62 192 Doppelzentner im Werte von 5 594 000 Mk. ausgeführt, gegen 66 292 Doppelzentner im Werte von 5 403 000 Mk. im August 1911. Obwohl also die Menge sich um 6,19 Proz. vermindert hat, stieg der Wert um 3,53 Proz. Trotz des Rückganges im August ist die ausgeführte Menge in den ersten acht Monaten mit 518 526 Doppelzentner noch um 14,45 Proz. und ihr Wert mit 43 960 000 Mk. um 12,16 Prozent höher als die entsprechenden Ziffern des Vorjahres. An Besen, Pinseln und Siebwaren wurden im August 2282 Doppelzentner im Werte von 882 000 Mk. ausgeführt; im August 1911 waren es 2785 Doppelzentner im Werte von 979 000 Mk. Bei den Musikinstrumenten stehen Klaviere, Harmoniums usw. an erster Stelle. Die Ausfuhr betrug in den ersten acht Monaten dieses Jahres 122 760 Doppelzentner gegen 100 968 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei den Streichinstrumenten stieg die Ausfuhr von 2505 Doppelzentner auf 2756 Doppelzentner, dagegen ist die Ausfuhr von Klaviaturen usw. von 17 184 Doppelzentner auf 10 682 Doppelzentner zurückgegangen.

Von den Aktiengesellschaften des Holzgewerbes haben im August nur drei ihre Bilanzen für das letzte Jahr veröffentlicht. Die Lippspringer Holzwarenfabrik, A.-G., in Lippspringe verfügt über ein Aktienkapital von 100 000 Mk. Am Schluß des letzten Geschäftsjahres ergab sich ein Defizit von 9894 Mk., im Vorjahr betrug der Verlust 12 061 Mk. Eine Dividende wurde in beiden Jahren nicht verteilt. — Günstiger war das Ergebnis der Billing u. Zoller, Akt.-Ges. für Kunsttischlerei, in Karlsruhe. Das Aktienkapital beträgt hier 370 000 Mk. Nach 20 131 Mk. (30 125 Mk.) Abschreibungen wurde 60 314 Mk. (45 256 Mk.) Gewinn erzielt. Die Dividende beträgt 5 (5) Proz. — Ferdinand Bendix Söhne, Akt.-Ges. für Holzbearbeitung, in Landsberg a. W. arbeiten mit einem Aktienkapital von 2 000 000 Mk. Nach 69 819 Mk. (67 170 Mk.) Abschreibungen wurde ein Gewinn von 88 454 Mk. (83 104 Mk.) erzielt. Die Dividende betrug wie im Vorjahr 3½ Proz. — Ferner sei noch die Waggonfabrik Jos. Rathgeber, A.-G., Mosach bei München, erwähnt, deren Aktienkapital 2 500 000 Mk. beträgt. Nach 94 340 Mk. Abschreibungen verblieb ein Gewinn von 172 427 Mk.

Die Tarifverträge in der Holzindustrie.

VI.

Die Akkordarbeit.

S. S. Nicht nur in unserem Verband und auch nicht erst seit der Zeit, da das Tarifvertragswesen bei uns in größerem Umfange Eingang gefunden hat, ist über Zulässigkeit oder Verwerflichkeit der Akkordarbeit viel und hart gestritten worden. Von den Kämpfen, die andere Berufe dieser Frage wegen durchgekostet haben, sei hier nur kurz auf einige Vorgänge im Baugewerbe verwiesen. Weit über die lokalen und beruflichen Grenzen zog vor zirka einem Jahrzehnt der sogenannte Akkordmaurerstreit in Hamburg die Aufmerksamkeit auf sich. Die Mehrheit der dortigen Zahlstellenmitglieder des Maurerverbandes hatte den Beschluß gefaßt, jegliche Akkordarbeit abzulehnen und auf das nachdrücklichste zu bekämpfen. In einer vorausgegangenen Verhandlung hatten sich die Unternehmer ebenfalls mit aller Entschiedenheit gegen die Akkordarbeit ausgesprochen. So schienen die Aussichten für die erfolgreiche Bekämpfung der Akkordarbeit so günstig zu liegen, daß an ein Mißlingen des Planes kaum gedacht wurde. Und dennoch ist er kläglich mißlungen. Aus den eigenen Reihen erstanden die Gegner und nach jahrelangen heftigen Kämpfen mußte der Plan auf Beseitigung der Akkordarbeit als gescheitert aufgegeben werden. Die Wunden, die dieser Kampf der Organisation der Arbeiter geschlagen hat, sind bis heute noch nicht wieder vernarbt.

Aehnlich liegen die Dinge im Berliner Maurergewerbe. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Berliner Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes wurde die Stellung zur Akkordarbeit erörtert. Hierbei wurde vom Referenten daran erinnert, daß die Organisation die Akkordarbeit von jeher auf das schärfste bekämpft hat. Seit dem Frühjahr 1908 ist man notgedrungen dazu gekommen, von dem Ausschluß der Akkordmaurer aus der Organisation Abstand zu nehmen. Die Dinge haben sich nun so entwickelt, daß versucht werden muß, von Organisationswegen an die Regelung der Akkordarbeit heranzugehen. Die Organisation muß erstreben, grundlegende Preise tariflich festzulegen und ein Kontrollrecht darüber zu erhalten. Dadurch, daß sich die Organisation bisher nicht um die Akkordarbeit kümmerte, haben sich anarchische Zustände herausgebildet. Um eine Besserung zu erreichen, müssen auch die Akkordmaurer dem Einfluß der Organisation unterstellt werden. Die Versammlung beschloß darauf, bei der bevorstehenden Tarifbewegung den Versuch zu machen, die Akkordarbeit tariflich zu regeln.

Wenden wir uns nun den Verhältnissen im Holzgewerbe zu. In vielen Orten und Branchen besteht die Akkordarbeit seit langen Jahren und kein Kollege denkt daran, diese etwa beseitigen zu wollen. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt ist man daran gegangen, die Akkordarbeit durch Schaffung und Vereinbarung von Akkordtarifen von Organisation zu Organisation zu regeln und was in dieser Beziehung beim ersten Anlauf noch zu tun übrig blieb, das hat man bei den späteren Tariferneuerungen nachzuholen versucht. Wo immer aber in dieser Weise gewirkt worden ist, haben wir heute nicht mehr entfernt die ungesunden Verhältnisse und ungenügenden Akkordpreise zu beklagen wie an den Orten, wo die prinzipiellen Akkordgegner in der Mehrheit waren und jede praktische Tätigkeit auf diesem Gebiete mit einer Zähigkeit verhinderten, die wirklich einer besseren Sache würdig gewesen wäre.

Die prinzipielle Akkordgegnerschaft stammt aus den Zeiten, wo die Organisation noch jeder sicheren Grundlage für ihr Wirken ermangelte. Die Bekämpfung der Akkordarbeit spielte schon in den siebziger und achtziger Jahren eine hervorragende Rolle und die Gründe, die für diese Haltung ins Feld geführt wurden, waren noch viel weniger durchschlagend als diejenigen, die gegen die Einführung des Unterstützungswesens oder gegen die Tarifgemeinschaften an sich vorgetragen wurden. Nur der eine Unterschied ist zu vermerken, daß z. B. das Unterstützungswesen und seine Ausdehnung von den Organisationen selbst ohne Mehrheitsbeschluß nicht in Wirksamkeit treten konnte, während die Akkordarbeit trotz aller schönen Reden und Beschlüsse nicht etwa verschwand, sondern sich immer mehr verbreitete. Doch die prinzipiellen Gegner der Akkordarbeit stießen sich an diesem tatsächlichen Widerspruch nicht so sehr, ja man kann sagen, daß die realen Verhältnisse niemals so sehr ignoriert worden sind, als bei der Behandlung der Frage der Akkordarbeit.

Wir finden das Verbot der Akkordarbeit resp. die Forderung nach deren Beseitigung schon in den Statuten des früheren Tischlerverbandes. Erst im Jahre 1880 ist dieser Passus aus den Statuten verschwunden, aber es war keineswegs eine aufklärende Diskussion über das Wesen der Akkordarbeit an sich hiermit verbunden, ja noch nicht einmal die näheren Gründe für diese Aenderung des Statuts sind in dem fraglichen Verbandstagsprotokoll angegeben. Mit solcher einfachen Aenderung des Wortlauts des Statuts war der Sache selber natürlich sehr wenig gedient. Mit einer einheitlichen Auffassung über die ganze Angelegen-

Junge Kämpfer!

—e— Einige Monate oder Jahre sind verflossen, seitdem die Schultür zum letzten Male sich hinter der Jugend schloß. Sie hat in Werkstatt und Fabrik, als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter, eine neue Tätigkeit aufgenommen hat. Das Lernen und der Zwang der Schule hörte auf — [illegible], aber nichts Leichteres, [illegible] bald an deren Stelle [illegible].

Und doch — wie jubelte die Jugend auf, welche freudige Lust bewegte sie, als sie annahm, nun endlich dem lästigen Zwange entrückt zu sein. Nur wenige freudvolle Stunden [illegible] es bisher gegeben: die Schule erfüllte eben nicht, was sie sollte. Statt in größtmöglichster Harmonie die besten menschlichen, geistigen und seelischen Kräfte zur Entfaltung zu bringen, erstickte sie durch Zwang und Gewalt jede freie Betätigung. Der Fessel der Schule entledigt — erwartete man nun die Erfüllung sehnsuchtsvoller Träume.

[illegible] Wünsche und Hoffnungen aller Art [illegible] sich in der Jugend aus. Voll stolzer Freude, vertrauend auf die gärende Kraft, wurden die Wimpel gehißt, um mutig hinauszusteuern auf das Meer des Lebens! Uferlos [illegible] sich das bisher eng Begrenzte und in weiter Ferne lockte das Ziel [illegible] und Ruhm verheißend. Kühne [illegible] im freien Uebergangsstadium heran. Freude[illegible], stolz und frei schweiften die leuchtenden Blicke in die Zukunft. Ein neues Leben sollte beginnen! — Ein [illegible], ein anderes Leben hat in der Tat begonnen. Die Jugend [illegible] bald nach [illegible] enttäuschte Hoffnung zu den [illegible]

Sobald die Kinder der Proletarier die Schule verlassen [illegible] die Fesseln der Arbeit. [illegible] — [illegible] die Jugend [illegible], und sie dann entweder hinabsinkt in die breite Masse der Denkfaulen und Genügsamen, oder aber den steilen Pfad emporsteigt, der zur Erkenntnis führt. Die Erkenntnis gibt Kraft und verleiht den Mut, der zum Kampf ums Dasein notwendig ist.

In dieser kritischen Zeit bedarf die Jugend des Rates und der Weisung zum Aufstieg. Wie gern schmiegt die Jugend sich an, wie freudig schreitet sie neben dem älteren Kameraden! Nicht Schulmeister, sondern Führer und Freund sei daher jeder Erwachsene der zukunftshoffenden Jugend.

Die Feinde der modernen Arbeiterbewegung mischen sich mit bewußter Absicht unter die erwerbstätige Jugend, um diese durch allerlei Veranstaltungen für ihre Zwecke einzufangen. Durch Einrichtungen verschiedenster Weise suchen sie die jungen Leute zu unterhalten, um sie so über die Schwere des Lebens fortzutäuschen und sie dann einzulullen mit Mitteln, die zur Unterwerfung unter die bestehenden Zustände führen. Den heftigsten Widerstand setzen die herrschenden Klassen der aufwärtsstrebenden Arbeiterbewegung entgegen. Fühlen diese sich doch in ihrem Besitz und in ihren Vorrechten bedroht und sie bieten daher alles auf, um den Ansturm auf ihre Burgen abzuschlagen. Gelingt es ihnen, aus der kommenden Generation neue Verteidiger ihrer alten Zwingburgen zu gewinnen, dann hoffen sie ihr Herrschaftsrecht noch lange ausüben zu können.

In den Arbeiterorganisationen aber entstand eine Kraft, die die Macht des Ausbeutertums brechen wird. Die Bewegung, welche die Arbeit frei machen will von all den Qualen, um so die höchste Kultur zu erreichen, braucht stets neue Kämpfer! Diese zu gewinnen aus der heranwachsenden, erwerbstätigen Jugend, muß die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft sein. Unfreundliches oder gar rohes Benehmen stößt die jungen Proletarier ab. Schwer fällt es dann, diese später für die ernsteren Bestrebungen der Arbeiterklasse zu gewinnen. In Werkstatt und Fabrik, in der Familie oder bei Bekannten — überall bieten sich Gelegenheiten, dem jungen Nachwuchs ratend und helfend zur Seite zu stehen. Gerade dann, wenn in der Jugend der wildeste Schmerz tobt, weil die Blütenträume nicht reifen und verzweifelnde Hoffnungslosigkeit sich äußert, gilt es in das aufgewühlte junge Gemüt zu pflanzen die neuen Ideale: Freiheit und Menschlichkeit!

Die Triebkraft zum Leben wird dann wieder üppiger werden und nach energischer Betätigung drängen. Diesen Drang gilt es in die richtigen Bahnen zu lenken. Es gilt die Jugend zu veranlassen, daß sie den Körper stählt, damit er widerstandsfähiger wird gegen die schädigenden Wirkungen der heutigen Arbeitsmethoden. Baden, Turnen, Spiele und Wanderungen wirken erfrischend und stärkend. In der allgemeinen Jugendbewegung und den sportlichen Arbeitervereinen ist es heute schon möglich, eine systematische Körperpflege zu betreiben. — Aber auch Geist und Gemüt verlangen Nahrung. Ein gutes Buch, dem jungen Menschen zur Verfügung gestellt, wird stets seine Wirkung tun. Ueberall sucht die Arbeiterbewegung die Bildung dem Volke zu übermitteln. Gerade der Jugend sollte man Gelegenheit geben, daran teilzunehmen. Der Besuch eines guten Theaters oder eines Konzerts wird beim jungen Proletarier geradezu Begeisterung auslösen. Ebenso förderlich wirkt es, wenn der Jugend die Teilnahme an Bildungskursen ermöglicht wird.

Die Arbeitereltern finden passende Winke für ihr Verhalten in der Zeitung „Arbeiterjugend". Aber auch die Jugend selbst findet in diesem ihrem Organ die Anregungen, die nützlich sein werden für ihre Stellung zu den wirtschaftlichen, politischen und geistigen Fragen.

Die proletarische Bewegung wirkt durch ihre Organisationen darauf hin, in der Jugend Mut und Selbstvertrauen zu entwickeln. Sorgen die erwachsenen Arbeiter weiter dafür, daß in den jungen Herzen rechtzeitig die Ideale der Solidarität erweckt werden, dann wird der junge Kämpfer frei und stark mit den Worten Goethes hinausziehen:

> Ich fühle Mut, mich in die Welt zu wagen,
> Der Erde Weh, der Erde Glück zu tragen,
> Mit Stürmen mich herumzuschlagen
> Und in des Schiffbruchs Knirschen nicht zu zagen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bremerhaven-Geestemünder-Lehe, Elmshorn (Kölln), Emden in Ostfriesland (Möbeltischlereien), Eustirchen (Schulke), Frankfurt a. O., Gießen, Glogau (Vonnigart), Großhartmannsdorf (Berlebach), Hallingen, (Wilh. Vollmer), Lauban (Kalbrenner), Mörchingen, Oerlinghausen (Möbeltischlerei Kortekamp), Offenbach (Tischfabrik L. Schlapp), Reistenhausen, Schweinfurt, Sensburg, Spandau (Behring), Stolp i. Pomm. (Block), Viersen (Ludw. Kuhlmann), Weinheim (Schaab), Wilkau in Sachsen (Koppermann), Graz, Innsbruck, Nesselsdorf (Waggonfabrik).

Modelltischlern nach Düsseldorf-Lierenfeld (Stahlwerk Oeking), Offenbach a. M. (Engelbert Kern).

Klaviermachern nach Brüssel.

Drechslern nach Höhr i. Westerwald, Neunkirchen am Sand, Zirndorf bei Fürth i. B.

Polierern nach Neuhausen in Sachsen.

Parkettlegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parkettgeschäfte, Uhlandstraße), Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber Otto Elbinger).

Sägereiarbeitern nach Tilsit.

Stockarbeitern nach Wald i. Rheinland.

Korbmachern nach Sellstedt (Allermann u. Berndsen), Schiffdorferdamm (Müller), der Schweiz.

Stellmachern nach Paris, Brüssel (Carosserie Parisienne).

Vergoldern, Grundierern, Verzierern und Farbigmachern nach Hamburg-Altona, Glattbrugg bei Zürich (Oelkers).

heit hatte es nach wie vor gute Weile. Jeder richtete seine Stellung zu der Akkordfrage nach seinen eigenen Bedürfnissen und zufälligen Ansichten ein. Die Organisation selbst hat es vermieden, in den Meinungsstreit um die Akkordarbeit aktiv einzugreifen. Von einer allgemein anerkannten einheitlichen Stellungnahme ist bis auf den heutigen Tag keine Rede.

Wir finden an einzelnen Orten Akkordtarife, besonders für die Baubranchen, die bis in die siebziger Jahre zurückreichen. Es haben aber die meisten davon nur ein papiernes Dasein gefristet, weil die genügend starke Organisation fehlte, um den aufgestellten Tarif allgemein durchzuführen und aufrechtzuerhalten. Die heutigen Akkordtarife sind größtenteils erst mit der Erstarkung der Organisation und der Ausbreitung des Tarifvertragwesens innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte erstanden. Es ist nicht uninteressant, sich die Kämpfe, die um diese Tarife willen an fast allen Orten durchgefochten werden mußten, noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen. Wie oft ist vielerorts der Versuch unternommen worden, einen Akkordtarif auszuarbeiten und den Unternehmern zur Anerkennung vorzulegen, aber ebenso pünktlich waren die prinzipiellen und theoretischen Akkordgegner auf dem Posten und verhinderten die Ausführung des Planes. Uns sind Fälle bekannt, wo ganze Branchen einhellig der Ansicht waren und unter sich den Beschluß faßten, zwecks Regelung und Hochhaltung — von Verbesserung wollen wir zunächst gar nicht reden — der bestehenden Akkordpreise einen Tarif aufzustellen und möglichst mit den Arbeitgebern gemeinsam zu vereinbaren, aber die Zahlstellenverwaltung sowie auch die Mitgliederversammlung haben ein solches Vorgehen verhindert. Die Akkordarbeit selbst war aber gang und gäbe, die verhinderte niemand, so daß es fast unbegreiflich scheinen muß, wie sich eine solche Mehrheit die Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Aufgabe auf Regelung der Arbeitsbedingungen eigentlich verstellte. So mußte die betreffende Branche es sich gefallen lassen, daß die Akkordpreise von Tag zu Tag heruntergingen und als nach Jahren die Frage abermals aktuell wurde, waren nicht nur die Preise in der erbärmlichsten Weise heruntergehunzt, die Kollegen hatten auch dem Verband inzwischen fast allesamt den Rücken gekehrt. Es hat dann schwerer Arbeit bedurft, das Versäumte wieder nachzuholen, aber die Akkordgegner, es sind ihrer inzwischen allerdings beträchtlich weniger geworden, singen immer noch dasselbe Lied. Wenn heute in der gleichen Stadt eine weitere Branche oder ein größerer Betrieb unter einstimmiger Befürwortung der beteiligten Kollegen und Unternehmer einschließlich unserer Ortsverwaltung zur Akkordarbeit, natürlich unter vorheriger tariflicher Regelung, übergehen will, gibt es in der Zahlstellenversammlung jedesmal einen heftigen Krach und die Verwaltung muß befürchten, ob ihrer sach- und pflichtgemäßen Haltung ernstlich gerüffelt und sogar von der Mehrheit im Stich gelassen zu werden.

So konsequent und zähe wie in diesem Falle sind die Akkordgegner allerdings nicht überall. Wir haben sogar in den letzten Jahren mehr als überraschende Wandlungen in dieser Beziehung beobachten können. Wo man noch beim Vertragsabschluß gegen die Akkordarbeit heftig kämpfte und sogar am Vertrage selbst eine Handhabe zur Bekämpfung der Akkordarbeit hatte, ist während der Vertragsdauer die Akkordarbeit in hohem Maße von den Kollegen selbst eingeführt worden. In einem anderen Falle ist den Kollegen bei den Vertragsverhandlungen von den Unternehmern angeboten worden, als Aequivalent für die Bereitwilligkeit zur Schaffung von Akkordtarifen eine weit über die erhobene Forderung hinausgehende Arbeitszeitverkürzung zu bewilligen. Unsere Kollegen waren aber so „prinzipienfest", daß sie sowohl die weitere Arbeitszeitverkürzung als auch die Vereinbarung von Akkordtarifen ablehnten. Und trotzdem besteht heute auch an diesem Ort die Akkordarbeit.

Unter Würdigung all dieser Umstände wird heute niemand mehr behaupten wollen, daß der Verband als solcher die Akkordarbeit und deren Regelung als außerhalb seines Wirkungskreises liegend ansehen solle. Mit dem alten Schlagwort: „Akkordarbeit ist Mordarbeit!" können wir heute diese Frage nicht mehr abtun. Trotz aller schönen Reden und Zeitungsartikel greift die Akkordarbeit immer mehr um sich, was allerdings für den, der die kapitalistischen Triebkräfte unserer modernen Produktionsweise durchschaut, weiter nichts als eine ganz natürliche Erscheinung ist. Wir haben jedenfalls mit einer Zunahme der Akkordarbeit zu rechnen und müssen daher auch für den Schutz des Akkordarbeiters eintreten, was dadurch geschieht, daß wir die tarifliche Regelung der Akkordpreise von Organisation zu Organisation anstreben. Wenn die Akkordpreise nicht tariflich geregelt sind, sondern in jedem Falle mit den betreffenden Arbeitern vereinbart — oder gar vom Unternehmer diktiert — werden, liegt eine große Gefahr für die Gesamtheit vor, weil dann nicht nur in dem speziellen Falle Schundpreise und Schmutzkonkurrenz in Blüte stehen. Von diesem Gesichtspunkte müssen wir uns leiten lassen, wenn wir im Interesse und zum Schutze der vielen tausend Kollegen, die tagein, tagaus in Akkord zu arbeiten gezwungen sind, wirken wollen.

Soziales.

Ein Krankenkassenverband gegen die Sozialdemokratie.

Am 29. September hat sich eine sehr gemischte Gesellschaft in Köln zusammengefunden. Der ganze Krähwinkler Landsturm war aufgeboten, um Rats zu pflegen, wie dem Drachen Sozialdemokratie zu Leibe gegangen werden kann. Das Ergebnis war der Beschluß, einen blau-schwarz-gelben Krankenkassenverband zu gründen als Konkurrenzorganisation gegen den großen Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, der etwa 400 Krankenkassen mit mehr als 4 Millionen Mitglieder umfaßt. Dieser Hauptverband vertritt ausschließlich die Interessen der Krankenkassen und ihrer Mitglieder, für parteipolitische oder religiöse Sonderbestrebungen ist in ihm kein Raum. Deshalb können in ihm auch Angehörige der verschiedensten politischen Parteien einträchtig und erfolgreich zusammenarbeiten. Aber der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat in den Augen gewisser Leute einen schwerwiegenden Mangel: sein Vorsitzender ist ein Sozialdemokrat, der Vizepräsident des sächsischen Landtags, Abgeordneter Fräßdorf. Deshalb muß der Einfluß dieser Organisation geschwächt werden durch eine Zersplitterungsaktion.

Bezeichnenderweise ist die Anregung zu der neuen Gründung von den wütendsten Scharfmachern ausgegangen. In ihrer Nr. 51 vom 25. August brachte die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" einen Artikel, in welchem unter Hinweis auf die Beschränkung der Rechte der Arbeiter in den Ortskrankenkassen durch die Reichsversicherungsordnung den Arbeitgebern empfohlen wird, den Wahlen zu den Kassen ein größeres Interesse entgegenzubringen, um so der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. In Zusammenhang damit kommt der Artikel auf den Hauptverband der Ortskrankenkassen zu sprechen, der gleichfalls unter der Leitung der Sozialdemokratie stände; dann fährt er fort:

> „Es wäre auch an der Zeit, wenn von berufenen Stellen erwogen würde, ob es nicht angebracht ist, schon in dieser Zeit diejenigen Ortskrankenkassen, deren Leitung und Verwaltung im vaterländischen Sinne geschieht, in einen Verband zusammenzuschließen. Zunächst käme es darauf an, daß sich die Verbände der christlichen und nationalen Arbeiter- und Angestelltenschaft hierüber schlüssig werden und die Gründung mit Entschiedenheit betreiben. Die Arbeitgeber und ihre Verbände würden sicherlich diese Bestrebungen tatkräftig fördern."

Der gleiche Artikel hat übrigens vorher in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" gestanden. Von dort hatte ihn die christliche „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" in ihre Nr. 33 übernommen und die darin gegebenen Anregungen mit lebhafter Freude begrüßt. Das christliche Blatt trug dabei noch extra ein Scheitlein zu dem Holzstoß herbei, auf welchem der „sozialdemokratische" Ortskrankenkassenverband verbrannt werden sollte. Die „Westdeutsche" schrieb damals:

> „Der Radikalismus im Zentralverband trägt auch die Schuld, daß bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung die Ortskrankenkassen ziemlich ohne Einfluß geblieben sind; der Verband erhob zum Teil unerfüllbare Forderungen und suchte sich seine Anwälte vornehmlich auf der Linken des Reichstages, die zwar in Reden und Anträgen sich überbot, aber bei der praktischen Mitarbeit sich selbst ausschaltete."

Das ist ein Musterbeispiel christlicher Verdrehungskunst. Tatsache ist, daß der Ortskrankenkassenverband bei der Reichsversicherungsordnung im großen und ganzen die gleichen Forderungen vertrat, die auch der Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Köln im Jahre 1909 erhoben hatte. Im Reichstag hat aber die politische Vertretung der christlichen Gewerkschaften, das Zentrum, die Forderungen der christlichen Gewerkschaften schmählich verraten, diese wurden nur von den Sozialdemokraten vertreten. Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß war es der Arbeitersekretär Becker, Reichstagsabgeordneter für Arnsberg, der über die Reichsversicherungsordnung referierte und, wie es jetzt heißt, „zum Teil unerfüllbare Forderungen" erhob, die der Kongreß einstimmig zu den seinen machte. Im Reichstage, wo es galt, den Forderungen des christlichen Gewerkschaftskongresses Anerkennung zu verschaffen, hat derselbe Becker alle diese Forderungen niederstimmen helfen. Und als er auf sein widerspruchsvolles Verhalten festgenagelt wurde, da erklärte dieser Musterknabe, es war in der Sitzung des Reichstages vom 5. Mai 1911:

> „Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß habe ich nicht als Zentrumsabgeordneter gesprochen, sondern als Mitglied der christlichen Gewerkschaften. Ich habe damals auch von dem ersten Regierungsentwurf gesprochen und gleich gesagt, unsere Anschauungen werden sich ändern, je nachdem wie die Haltung der Regierung sich ändert."

Angesichts der gegen den Ortskrankenkassenverband einsetzenden Hetze, die gerade von den Christen mit besonderem Eifer betrieben wird, ist es zweckmäßig, diese Dinge in Erinnerung zu bringen, welche die christliche Moral treffend beleuchten.

Die Anregung zur Gründung der neuen Krankenkassenzentrale ist also von den Scharfmachern gegeben worden, und der christliche Sekretär Baltrusch, der auf der Versammlung als Mundstück der Scharfmacher die Notwendigkeit und Möglichkeit der Gründung darlegte, hat gut christlich geflunkert, als er ausführte, daß die Anregung aus den Reihen der Mitglieder und Beamten der christlichen Arbeiterschaft und aus den Reihen der „nationalen" Vorstandsmitglieder, Rendanten und Vertreter deutscher Ortskrankenkassen gekommen sei, die der sozialdemokratischen Vorherrschaft im Hauptverband der Ortskrankenkassen überdrüssig sind. Die Scharfmacher haben gerufen und alle, alle kamen. In erster Linie natürlich die Christen, die sich als Macher vons Ganze aufspielten. Sie stellten auch in Herrn Behrens den Vorsitzenden und in dem bereits genannten Herrn Baltrusch den Hauptreferenten der Versammlung. Neben ihnen waren Vertreter von konfessionellen Arbeitervereinen, von Hirsch-Dunckerschen und gelben Gewerkschaften und deutschnationalen Vereinen anwesend. Außerdem waren auch zahlreiche Vertreter von Unternehmerorganisationen und Abgeordnete von verschiedenen bürgerlichen Parteien erschienen. Auch der famose Herr Becker-Arnsberg war gekommen, ob als Mitglied der christlichen Gewerkschaften oder als Zentrumsabgeordneter hat er leider nicht erklärt. Der Vorsitzende konnte mitteilen, daß von sämtlichen bürgerlichen Fraktionen des Reichstags Schreiben eingegangen seien, in denen das Zustandekommen eines nationalen Krankenkassenverbandes begrüßt wird. Ein neuer Beweis dafür, daß im Kampf gegen die wahren Interessen der Arbeiter der ganze bürgerliche Heerbann zusammensteht und alle trennenden Momente vergißt.

Nach dem Referenten kamen eine ganze Reihe von Rednern aus den verschiedensten Lagern zum Wort. Unter anderen auch Herr Schumacher von den Hirsch-Dunckerschen Holzarbeitern. Dieser Herr, der die Rückentwicklung seiner Organisation so erfolgreich leitet, bedauerte, daß bisher der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft im Krankenkassenwesen nichts zu sagen gehabt habe. Er hält es geradezu für ein Bedürfnis, daß die Anhänger der verschiedenen, auf nationaler Grundlage stehenden politischen Parteien auf wirtschaftlichem Gebiete einig vorgehen. Man kann den Hirschenführern den Schmerz nachfühlen, daß ihre paar Männchens nicht nur im Krankenkassenwesen, sondern überhaupt in öffentlichen Angelegenheiten nichts oder so gut wie nichts zu sagen haben. Wenn sie glauben, unter den christlichen Fittichen besser zu fahren, dann wünschen wir ihnen viel Glück zu der Reise.

Es wurde schließlich beschlossen, einen „Verband deutscher Krankenkassen" zu gründen, dem nicht nur Ortskrankenkassen, sondern auch Betriebs-, Innungs-, Land- und Ersatzkassen beitreten können. Es wurde ein vorläufiger Vorstand mit den Herren Behrens und Baltrusch an der Spitze gewählt. Auch sollen der Organisation sofort 41 Krankenkassen mit nahezu einer Viertelmillion Mitglieder beigetreten sein. Bei der einflußreichen Gönnerschaft, der sich die neue Krankenkassenorganisation erfreut, ist anzunehmen, daß sie bald an Ausdehnung gewinnen wird. Aber ob diese Zersplitterung der Organisation den Kassenmitgliedern zum Vorteil gereichen wird, ist eine andere Frage. Man braucht sich nur den Ursprung der Gründung zu vergegenwärtigen, um sich über die Ziele klar zu werden, die sie verfolgen wird.

Die Teuerung. Die Maßnahmen, welche die preußische Regierung zur Behebung der Fleischnot getroffen hat, sind völlig unzureichend. Das behaupten nicht nur die Arbeiter, die die Wirkung der Fleischnot am stärksten am eigenen Körper spüren, alle Sachverständigen, soweit sie nicht durch ihr Portemonnaieinteresse an der Grenzsperre interessiert sind, stimmen in diesem Urteil überein. Immer energischer wird die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes verlangt, um die Einfuhr überseeischen Fleisches zu ermöglichen. Neben anderen Maßnahmen, welche die Regierung eventuell nicht getroffen hat, wäre diese das wirksamste, um schleunige Hilfe zu schaffen. Der Widerstand, den die Regierung gegen diese Forderung erhebt, ist um so merkwürdiger, als sie es seiner-

zeit, bei der Beratung des Fleischbeschaugesetzes, gar nicht für notwendig gehalten hat, daß bei der Fleischeinfuhr sich die inneren Organe im natürlichen Zusammenhang mit dem Tierkörper befinden. Diese Bestimmung, die den ausgesprochenen Zweck verfolgt, das billige überseeische Fleisch von den deutschen Grenzen fernzuhalten, ist erst durch den Beschluß der agrarischen Reichstagsmehrheit in das Gesetz hineingekommen. Das hindert allerdings die Regierung nicht, diese Bestimmung als ein Heiligtum zu betrachten, an dem sie nicht rütteln lassen will.

Anders denken in dieser Beziehung natürlich die Verwaltungen der großen Städte, die nicht nur ein natürliches Interesse an der Versorgung der Einwohner mit billigem Fleisch haben, sondern denen überdies durch den Teuerungserlaß der Regierungen besondere Aufgaben in dieser Beziehung zugewiesen sind. In den Eingaben der Städte spielt das Verlangen nach Aufhebung des § 12 eine große Rolle. Diese Forderung wird auch in der Eingabe der Stadt Berlin erhoben. An der Spitze der Verwaltung steht hier der Oberbürgermeister Wermuth, der als Reichsschatzsekretär noch bis vor kurzem Mitglied der Reichsregierung war. Herr Wermuth hat es für erforderlich gehalten, öffentlich zu erklären, daß er an der Eingabe der Stadt Berlin maßgebenden Anteil genommen hat, er vertritt also die darin erhobenen Forderungen, die er als Mitglied der Regierung bekämpft hat und die er wohl jetzt noch bekämpfen würde, wenn er noch Staatssekretär wäre. Dieser Vorgang läßt zwei Deutungen zu: entweder ist Herr Wermuth in seinen Ansichten bezüglich wichtiger wirtschaftlicher Fragen sehr wandlungsfähig, oder aber, und das letztere ist das Wahrscheinlichere, die Staatssekretäre haben keine Meinung und nur die Pflicht, das zu vertreten, was die übergeordnete Stelle ihnen befiehlt. Durch solche Feststellungen wird allerdings die Achtung vor der Weisheit unserer Reichsregierung nicht gerade gefördert.

Diese Achtung hat übrigens durch die Fleischnotkundgebung der Regierung selbst einen schweren Stoß erlitten. In dieser spielt unter den Mitteln zur Bekämpfung der Fleischnot die Einfuhr von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Serbien, Rumänien und Bulgarien eine große Rolle. Kaum war aber die Regierungserklärung veröffentlicht, da wurde bekannt, daß die Balkanstaaten ein Bündnis gegen die Türkei geschlossen haben und daß sie ihre Armeen mobilisieren. Damit entfällt die Möglichkeit, Lebensmittel von dort zu beziehen, ganz abgesehen davon, daß mit einem direkten Verbot der Ausfuhr seitens dieser Länder zu rechnen ist. Von der auf dem Balkan drohenden akuten Kriegsgefahr ist die deutsche Diplomatie anscheinend völlig überrascht worden, obwohl durch einen Krieg auf der Balkanhalbinsel der Frieden Europas auf das ernstlichste bedroht ist. Bis jetzt ist es zu kriegerischen Verwickelungen noch nicht gekommen, obwohl jeden Tag damit gerechnet wird, daß die Flinten losgehen. Der Umstand, daß die Türkei im Begriff ist, ihren Frieden mit Italien zu schließen, bedeutet keine Verminderung der Kriegsgefahr, die Türkei will sich dadurch nur freie Hand gegen ihre kriegslustigen Nachbarn schaffen.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Kriegsvorbereitungen, die bereits zu einer lebhaften Beunruhigung der Börse geführt haben, auch die Lebensmittelpreise ungünstig beeinflussen. Bis jetzt haben die auf Grund der Regierungserklärung getroffenen Maßnahmen der Städte zur Milderung der Fleischnot noch kein nennenswertes Ergebnis gezeitigt. Eine durchgreifende Besserung ist auch nicht zu erwarten. Das war aber auch nicht der Zweck der Regierungserklärung; sie sollte nur als „weiße Salbe" wirken, bei der hungernden Bevölkerung die Meinung erwecken, als ob etwas geschähe, während in Wirklichkeit zum Vorteil der Agrarier nichts geschieht. Damit läßt sich aber das Volk nicht abspeisen und deshalb wird die Bewegung, die darauf abzielt, daß wirklich wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung getroffen werden, so bald nicht aufhören.

Bauarbeiterschutz. Die von den beteiligten preußischen Ministerien unterm 19. August 1911 erlassenen „Grundzüge für Polizeiverordnungen betreffend Arbeiterfürsorge auf Bauten" sind durch einen Runderlaß vom 28. August 1912 in einigen Punkten ergänzt worden. Hiernach soll künftig bestimmt werden, daß die Unterkunftsräume zu erwärmen sind, sofern in der Zeit vom 1. November bis 1. April die Außentemperatur unter +10 Grad Celsius sinkt. Ferner ist vorzuschreiben, daß beim Vorhandensein mehrerer Aborte zwischen je zwei Sitzen eine Scheidewand anzubringen ist. Gleichzeitig hat der Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, daß fortan bei Staatsbauten, und zwar sowohl bei solchen in eigener Regie als auch bei denen, die von Unternehmern ausgeführt werden, regelmäßig die geltenden Arbeiterschutzvorschriften auf der Baustelle auszuhängen sind. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Gemeinden bezüglich ihrer Bauten eine gleiche Anordnung treffen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Grünberg wird hierdurch entsprechend die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Oktober 70 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 41. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Wir erinnern die Verbandsmitglieder an unsere fortlaufende Statistik der Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen. Fragebogen hierzu sind in allen Zahlstellen vorrätig, eventuell können solche von uns bezogen werden. Sobald ein Unfall an einer Maschine in einem Betrieb vorkommt, hat der Vertrauensmann der [illegible] oder ein Kollege des Verletzten sofort ein Formular von der Zahlstellenverwaltung abzufordern und dasselbe ausgefüllt wieder an dieselbe einzureichen. Die Verwaltungen haben die Unfallfragebogen am Schluß jedes Vierteljahres an uns [illegible].

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß alle Maschinenarbeiter und ungelernte Hilfsarbeiter in allen Betrieben der Holzbearbeitung, sowie der übrigen Branchen unseres Verbandes nur in den Deutschen Holzarbeiterverband aufzunehmen sind. Für die außerhalb der Werkstätten auf den Holzplätzen beschäftigten Arbeiter gilt das gleiche, d. h. für alle diese Arbeiter ist unser Verband die zuständige gewerkschaftliche Organisation. Auch in den Sägewerken sind außer den Sägern auch die Helfer und Platzarbeiter in den Deutschen Holzarbeiterverband aufzunehmen. Zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten hat der Gewerkschaftskongreß in Hamburg jede unlautere Agitation, besonders unter Hinweis auf niedere Beiträge oder höhere Unterstützungen, untersagt; solche Aufnahmesuchende, die aus anderen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Regelung ihrer Verbindlichkeiten austreten oder ausgeschlossen wurden, sollen zurückgewiesen werden und jeder Druck auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder ist zu unterlassen. Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralinstanzen. Wir ersuchen die Lokalverwaltungen, sich nicht nur selbst nach diesen Kongreßbeschlüssen zu richten, sondern auch anderen Verbänden gegenüber von denselben Gebrauch zu machen.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

3204 (Jugendl.) Wilh. Bauer, Holzarb., geb. 3. 12. 96 zu Schwetzingen.
94699 Karl Tschammer, Tischler, geb. 12. 6. 80 zu Rachow.
234636 Max Damisch, Polierer, geb. 21. 3. 89 zu Berlin.
364875 August Iden, Tischler, geb. 23. 4. 89 zu Neuengörst.
392979 Karl Wittenburg, Polierer, geb. 20. 7. 92 zu Landsberg a. W.
399423 Hellmut Piper, Polierer, geb. 8. 2. 91 zu Berlin.
404251 A. Lehmann, Tischl., geb. 17. 11. 88 zu Noltwerndorf.
432196 Rich. Kunadi, Tischler, geb. 1. 11. 84 zu Merschwitz.
451411 Franz Woop, Tischler, geb. 23. 3. 90 zu Königsberg.
472432 Max Bendix, Masch.-Arb., geb. 30. 5. 64 zu Leipzig.
495822 Ernst Dellin, Tischler, geb. 4. 8. 90 zu Königsberg.
578809 Karl Riemann, Tischler, geb. 9. 10. 77 zu Eisenbart.
580239 Otto Födderitsch, Tischl., geb. 31. 5. 93 zu Janisroda.
582570 Gerhard Lücke, Tischler, geb. 30. 3. 87 zu Walle.
615208 Gustav Schurr, Schnitzer, geb. 26. 8. 89 zu Gingen.
615215 Johann Frank, Schnitzer, geb. 6. 6. 86 zu Gingen.
631816 Jos. Seyfried, Tischl., geb. 18. 9. 94 zu Gundelfingen.

Im Monat September gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beträge ein:

Gau Danzig: Bromberg 33,70 Mk., Danzig 500, Elbing 400, Graudenz 100, Gumbinnen 90, Insterburg 400, Johannisburg 22, Königsberg 2000, Kolberg 170, Marienburg 20, Memel 420, Osterode 50, Rastenburg 23, Rummelsburg 20, Stolp 400, Tilsit 64,60, Zoppot 97 Mk.

Gau Stettin: Anklam 100 Mk., Brunshaupten 100, Grabow 200, Greifenhagen 100, Greifswald 160, Güstrow 395,10, Lübz 89, Naugard 40, Neustadt 100, Neustrelitz 60, Parchim 100, Rostock 1300, Schwerin 550, Stargard 200, Stettin 2400, Stralsund 250, Ueckermünde 35, Waren 50, Wismar 250, Wolgast 230 Mk.

Gau Breslau: Beuthen 150 Mk., Breslau 2900, Brieg 150, Bunzlau 100, Deutsch-Lissa 100, Erdmannsdorf 159, Festenberg 117,50, Freiburg 900, Gleiwitz 90, Guhrau 90, Haynau 183, Herischdorf 190, Hirschberg 120, Jauer 100, Kattowitz 800, Langenöls 300, Liegnitz 1100, Neusalz 200, Niesky 470, Oels 100, Ostrowo 50, Posen 400, Ratibor 6,50, Rawitsch 50, Schweidnitz 450, Striegau 160, Waldenburg 300 Mk.

Gau Berlin: Berlin 23000 Mk., Berlinchen 250, Cottbus 600, Eberswalde 200, Fehrbellin 45, Finsterwalde 400, Frankfurt 300, Französisch-Buchholz 70, Friedeberg 85, Gassen 150, Guben 350, Herzberg 200, Hoyerswerda 99, Klosterfelde 200, Königswusterhausen 100, Kolmar 10, Landsberg 1250, Lindow 100, Luckenwalde 1700, Lübben 100, Lübbenau 400, Neuenhagen 40, Neuruppin 200, Oranienburg 40, Perleberg 152,75, Potsdam 700, Prenzlau 150, Priebus 250,50, Pritzwalk 80, Rathenow 275,30, Sagan 178,47, Schneidemühl 170, Schwerin 64, Schwiebus 100, Sommerfeld 85, Sorau 150, Spremberg 200, Strausberg 138, Teltow 50, Trebbin 160, Treuenbrietzen 110, Werder 80, Wittenberge 250, Wriezen 94, Zehlendorf 50, Zielenzig 35 Mk.

Gau Dresden: Altenberg 120 Mk., Bautzen 1000, Bischofswerda 150, Colmnitz 180, Cunnersdorf 450, Dippoldiswalde 300, Döbeln 350, Dresden 12000, Eppendorf 1500, Freiberg 150, Geringswalde 1500, Glashütte 300, Großenhain 200, Großschönau 250, Hartha 300, Kamenz 50, Königstein 250, Kötzschenbroda 300, Leisnig 570, Marienberg 200, Meißen 1400, Mittweida 500, Neugersdorf 350, Niedersedlitz 700, Olbernhau 800, Oschatz 150, Pirna 800, Rabenau 1000, Radeberg 800, Riesa 400, Schmiedeberg 160, Sebnitz 120, Seifhennersdorf 310, Stolpen 150, Waldheim 1000, Zittau 950 Mk.

Gau Leipzig: Adorf 200 Mk., Altenburg 1100, Aue 150, Brambach 24, Buchholz 180, Chemnitz 5000, Crimmitschau 400, Eilenburg 1000, Eisenberg 900, Elsterberg 98, Frohburg 120, Gera 1500,10, Geyer 50, Glauchau 150, Gößnitz 200, Greiz 100, Grimma 90, Hainichen 190, Hohenstein-Ernstthal 100, Kleinolbersdorf 90, Klingenthal 250, Kunersdorf 118, Leipzig 22000, Limbach 100, Markranstädt 100, Meerane 200, Neustädtel 120, Plauen 600, Naschau 450, Reichenbach 100, Ronneburg 100, Schkeuditz 300, Schmölln 2463,40, Schönheide 700, Stollberg 60, Taucha 100, Treuen 180, Triebes 99,70, Weida 80, Werdau 450, Wurzen 210, Zeitz 2000, Zeulenroda 600, Zwickau 500 Mk.

Gau Erfurt: Arnstadt 110 Mk., Blankenburg 150, Böhlen 100, Bürgel 300, Coburg 1250, Corbetha 150, Ellrich 50, Eschwege 100, Frankenhausen 700, Gollkanter 35, Gotha 1100, Gräfenroda 80, Hildburghausen 45, Jena 550, Ilmenau 70, Kelbra 98, Langensalza 140, Lauterberg 500, Lelbis 120, Merseburg 200, Mühlhausen 650, Naumburg 350, Neustadt 120, Nordhausen 200, Ohrdruf 180, Pößneck 240, Ruhla 200, Saalfeld 250, Schmerbach 40, Schweina 230, Sonneberg 150, Suhl 100, Themar 250, Waltershausen 250, Weimar 500, Weißenfels 100 Mk.

Gau Magdeburg: Aken 71,80 Mk., Aschersleben 297,50, Bernburg 450, Bitterfeld 90, Braunschweig 1700, Cöthen 400, Dessau 600, Gardelegen 850, Gilsten 40, Halberstadt 280, Halle 2000, Helmstedt 400, Magdeburg 2400, Roßlau 220, Sangerhausen 200, Schönebeck 400, Staßfurt 90, Stendal 200, Zerbst 100 Mk.

Gau Hamburg: Aurich 7,17 Mk., Bergedorf 500, Blankenese 150, Brake 100, Burgdamm 800, Delmenhorst 400, Elmshorn 100, Emden 100, Flensburg 900, Geesthacht 300, Hamburg 20000, Harburg 500, Heide 200, Itzehoe 200, Leer 120, Lübeck 600, Lüneburg 200, Meldorf 100, Neuenburg 125, Oldenburg 750, Oldesloe 180, Preetz 70, Rendsburg 5, Segeberg 60, Sonderburg 140, Stade 100, Süderbrarup 120, Uetersen 99, Vegesack 1100, Wilhelmshaven 800, Winsen 200 Mk.

Gau Hannover: Alfeld 200 Mk., Bielefeld 1900, Burgdorf 70, Cassel 2000, Göttingen 500, Hameln 200, Hannover 6000, Herford 3400, Hildesheim 200, Lage 821, Lemgo 300, Melle 480, Minden 400, Münden 120, Münder 475, Oeynhausen 555, Osnabrück 500, Osterode 200, Peine 200, Pyrmont 154,42, Quakenbrück 150, Springe 100, Uelzen 230, Uslar 120 Mk.

Gau Düsseldorf: Aachen 200 Mk., Bochum 220, Bonn 700, Dortmund 600, Düsseldorf 1400, Duisburg 400, Elberfeld 2400, Essen 1600, Euskirchen 80, Gelsenkirchen 100, Haan 80, Hagen 400, Hamborn 75, Hattingen 90, Hemer 50, Herne 50, Köln 8000, Krefeld 700, Lennep 89,90, Lüdenscheid 100, Mülheim 170, M.-Gladbach 100, Recklinghausen 150, Schwelm 500, Siegen 170, Soest 180, Solingen 200, Velbert 100, Viersen 60, Wanne 70, Werden 100, Wetter 140 Mk.

Gau Frankfurt: Alsfeld 70 Mk., Alzey 100, Amorbach 150, Coblenz 100, Edenkoben 120, Großkarben 80, Hanau 950, Heidelberg 550, Hellstein 50, Höchst 1200, Kaiserslautern 450, Kellheim 550, Kreuznach 57,10, Mainz 3000, Mannheim 2500, Montabaur 50, Mühlheim 90, Neu-Isenburg 550, Neuwied 100, Oberramstadt 200, Offenbach 800, Rumpenheim 450, Saarbrücken 300, Sprendlingen 400, Vilbel 80, Wetzlar 140, Wiesbaden 600, Wörth 130, Zweibrücken 70 Mk.

Gau Nürnberg: Amberg 100 Mk., Ansbach 150, Bamberg 200, Bayreuth 600, Cadolzburg 100, Cham 30, Erlangen 400, Feucht 300, Forchheim 50, Fürth 3500, Georgensgmünd 216,68, Gunzenhausen 55, Herzogenaurach 45, Hof 300, Kissingen 70, Markt-Redwitz 100, Neustadt 100, Nürnberg 10000, Pegnitz 30, Reichelsdorf 150, Sassanfahrt 30, Schopfloch 180, Schweinfurt 110, Selb 120, Wendelstein 100, Würzburg 600 Mk.

Gau München: Aibling 90 Mk., Augsburg 800, Bruckmühl 100, Dachau 180, Holzkirchen 95, Kempten 200, Landsberg 50, Mühldorf 100, München 10000, Prien 20, Rosenheim 200, Schwaben 90, Starnberg 60, Straubing 198, Traunstein 30, Zwiesel 25 Mk.

Gau Stuttgart: Aalen 100 Mk., Altensteig 120, Asperg 200, Backnang 70, Bietigheim 200, Bruchsal 50, Colmar 230, Durlach 400, Emmendingen 20, Eßlingen 600, Feuerbach 200, Freiburg 1200, Furtwangen 100, Gmünd 40, Göppingen 300, Hall 110, Heidenheim 100, Heilbronn 1400, Karlsruhe 1050, Kirchheim 200, Lahr 70, Lauterbach 50, Lorch 102,25, Markirch 80, Mosbach 40, Mülhausen 850, Nagold 80, Neckarsulm 160, Neuenbürg 200, Nürtingen 100, Offenburg 94, Pforzheim 800, Ravensburg 120, Reutlingen 300, Schramberg 200, Schwenningen 200, Steinheim 150, Straßburg 1700, Stuttgart 8300, Ulm 500, Weikersheim 70, Zuffenhausen 600 Mk.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Vergolder.) Seit nahezu 2 Jahren stehen die Vergolder Berlins in Tarifverhandlungen mit der Freien Vereinigung der Goldleistenfabrikanten, die dem Arbeitgeberschutzverband angeschlossen ist. Jedesmal, wenn die Kollegen Schritte zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage unternahmen, traten die Unternehmer erneut mit dem Wunsche zwecks Abschluß eines Vertrages an sie heran. So auch zuletzt vor 6 Monaten. Man einigte sich damals bis auf einige strittige Punkte, die den Zentralvorständen der beiderseitigen Organisationen zur Entscheidung unterbreitet werden sollten. Leider ist seitdem nichts mehr geschehen. Deshalb nahmen am 2. Oktober in einer stark besuchten Versammlung die Beschäftigten aller Zweige der Vergolderbranche nach lebhafter Diskussion eine Resolution an, in der die Branchenleitung aufgefordert wird, nunmehr der absichtlichen Verschleppung ein Ende zu machen. Die Versammelten verpflichteten sich, mit den schärfsten Mitteln dafür einzutreten, daß in kürzester Frist der Abschluß unseres Sondertarifes zur Durchführung gebracht wird und mit diesem überall die 50stündige Arbeitszeit.

Erlangen. (Kamm- und Horngalanteriearbeiter.) Die Firma Gebr. Batzner bezieht schon seit langem viele Waren fertig von auswärts. Die Beschäftigung im eigenen Betriebe wird infolgedessen immer ungünstiger. Schon während der Hochkonjunktur mußten die Kollegen dieses Betriebes verkürzt arbeiten. Jetzt gibt es aber schon seit einem Vierteljahr nur noch 4—5 Arbeitstage die Woche. Auch die Verteilung der Arbeiten selbst ist eine sehr ungleichmäßige, doch wird dabei auf die Lage der einzelnen Arbeiter keine Rücksicht genommen. So kommt es vor, daß ein Vater von 7 Kindern nur bis ¼4 Uhr, Ledige dagegen bis ½6 Uhr beschäftigt werden. In diesen Dingen

entscheiden Herr Sali Bahner und sein Werkmeister W., der sich zu dieser Würde vom ehemals selbständigen Meister auf dem Wege über den Arbeitswilligen entwickelt hat, ganz eigenmächtig. Die Herren scheuen sich auch nicht, gelegentlich Familienväter von auswärts heranzuholen und sie dann mit 14 bis 15 Mk. Wochenverdienst nach Hause zu schicken. Anstatt bei dauerndem Beschäftigungsmangel zuerst auf die älteren Arbeiter Rücksicht zu nehmen, wurden jüngst zwei solche plötzlich entlassen, und erst das Gewerbegericht verhalf diesen zu dem vollen Betrage des unterbrochenen Akkords. Viel Schuld an diesen Verhältnissen trägt aber ein Teil der dort beschäftigten Kollegen, hauptsächlich die ledigen. Diese hätten schon öfter Gelegenheit gehabt, auswärts zu arbeiten, aber es scheint, sie wollen sich lieber in Erlangen durchhungern, als anderswo anständige Arbeit annehmen. Würden sich diese Kollegen einmal aufraffen und ihrer Wege gehen, dann würden die Herren Bahner mit ihrer auswärtigen „Musterarbeit" schon sehen, wo sie noch hinkommen, denn das Renommee des Vorgängers Schnipp ist durch die Manipulationen dieser Herren schon längst zum Teufel. An alle auswärtigen Kollegen möchten wir aber nochmals die Bitte richten, alles daranzusetzen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, denn nur durch Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen kann Schmutzkonkurrenz, wie solche noch in vielen Orten besteht, beseitigt werden. Im übrigen ersuchen wir die Kollegen, Erlangen zu meiden, da auch in anderen Betrieben mit Arbeitsmangel zu rechnen ist.

Gardelegen. Unser kleiner Ort hat in letzter Zeit eine recht erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Es zählten 1906 noch 13 bis 18 Kollegen zur Zahlstelle, wogegen es jetzt bereits 165 sind. Nun hängt diese Mitgliederzunahme ja hauptsächlich mit dem Wiederaufblühen der Knopfindustrie zusammen, aber auch die Tischler und Korbmacher haben sich fast vollzählig eingereiht. Ueberhaupt muß man den Knopfmachern nachrühmen, daß sie von einem rührigen Geist beseelt sind und Hindernisse zu nehmen wissen. Es wäre nur sehr zu wünschen, daß die Tischler ein annähernd Gleiches vollbrächten, aber leider scheint, daß nach dem Erfolg 1910 jede Lust zum Versammlungsbesuch geschwunden ist. Und doch wäre eine Lohnaufbesserung der Tischler dringend nötig, arbeiten sie doch für den Höchstlohn von 35 bis 36 Pf. die Stunde, obwohl hier der Lebensunterhalt ganz gewiß nicht der billigste ist. Die Korbmacher haben vor kurzer Zeit ohne jeglichen Widerstand ihren Stundenlohn um 5 Pf. erhöht, die Töpfer haben vorige Woche nach fünfstündigem Streik ihre Forderungen durchgedrückt. Wir hoffen nun, daß zur Generalversammlung am 12. Oktober, in der unser Gauvorsteher Bauer einen Vortrag hält und uns Ratschläge erteilt betr. des Baues eines Gewerkschaftssaales, alles wieder vollzählig erscheint.

Hamburg. (Modelltischler.) Die im Juli beendete Bewegung der Metallarbeiter in den Maschinenfabriken, welche auf Grund des Versprechens der Verhandlungskommission der Unternehmer im Jahre 1911, bei anhaltender Konjunktur in diesem Jahre eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde und Lohnausgleich zu gewähren, eingeleitet worden ist, brachte auch unseren Kollegen in den Maschinenfabriken diese Verkürzung neben 2 Pf. Lohnausgleich, ohne daß es eines ernsten Vorgehens bedurfte. Im allgemeinen glaubte man, daß bei dem guten Beschäftigungsgrad auf den Werften auch diese Unternehmer sich zu diesen Verbesserungen verstehen würden. Jedoch lehnten sie eine Verkürzung der Arbeitszeit mit der Begründung ab, daß auf den Werften nur 50 Stunden gearbeitet würde. Eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde gestanden sie zu. Die Arbeiterschaft ist der Meinung, wenn im nächsten Jahre im allgemeinen die 54 stündige Arbeitszeit eingeführt ist, die Werften sich auch dazu verstehen müssen, den gerechten Wünschen Rechnung zu tragen. Die Konjunktur, welche bis jetzt eine gute war, ist nicht ohne Einfluß auf die Löhne geblieben. Nach der letzten Statistik betrug der Durchschnittsverdienst für Kollegen über 21 Jahre 74,2 Pf. und für Kollegen unter 21 Jahren 64,4 Pf. pro Stunde. Das Organisationsverhältnis ist ein gutes zu nennen. Im Holzarbeiterverband sind 91,2 Proz. organisiert. Die letzte Sektionsversammlung beschäftigte sich mit der Errichtung einer Arbeitslosenkontroll- resp. Vermittlungsstelle. Die bestehenden Zustände bei der Arbeitsvermittlung haben den Kollegen schon seit Jahren berechtigten Anlaß zu Klagen gegeben. Ohne Kontrollschein darf kein Kollege in Arbeit treten. Jeder arbeitslose Kollege hat sich im Vereinslokal bei Herrn Eberhard, Eimsbüttler Straße 12, abends von 6—½7 Uhr zu melden. Ohne Stempel von der Kontrollstelle aus wird keine Unterstützung ausgezahlt. Den zureisenden Kollegen wird zur Pflicht gemacht, sich auf dem Verbandsbureau zu erkundigen, um sich vor unliebsamen Enttäuschungen zu wahren. Kollegen, welche gegen diese Bestimmungen verstoßen, werden dementsprechend behandelt. Es liegt nun an den Kollegen, zu zeigen, daß sie gewillt sind, in der hiesigen Arbeitsvermittlung Wandel zu schaffen. Bei der Firma Franke u. Mühlenberg gab die schikanöse Behandlung durch den früheren Kollegen Wild Anlaß zu lebhaften Klagen. Obendrein hat man zwei Maßregelungen vorgenommen. Es wäre besser angebracht, wenn die Herren Modelltischlermeister mit ihren Vizen sich etwas mehr um ihre eigensten Angelegenheiten kümmerten, um nicht in eine derartige Schmutzkonkurrenz zu verfallen, wie es hier in Hamburg leider der Fall ist. In letzter Zeit sind Submissionsblüten gezeitigt worden, welche jeder Beschreibung spotten. Ebenfalls wäre es einmal an der Zeit, ein ernstes Wort bezüglich der Lehrlingsausbeutung zu reden, beschäftigt doch allein die Modellfabrik Walther bei zirka 20—12 Gesellen 10 Lehrlinge.

Höchst. Während des Schreinerstreiks von 1906 führten die Möbelfabriken die sogenannte Winterarbeitszeit ein, welche in der Zeit von ½8—½7 Uhr abends lag. Diese Einteilung wurde auch unserm Arbeitsvertrag bis jetzt aufgezwungen, während sich unsere Kollegen immer mehr bemühen, diese Winterarbeitszeit vom Halse zu kriegen. So beschlossen im vorigen Monat die Kollegen in Werkstättenversammlungen sämtlicher Betriebe der Vereinigung einstimmig, die Fabrikanten zu ersuchen, die Sommerarbeitszeit für den Rest der Vertragsperiode, also bis 15. Februar 1913 beizubehalten. Die Fabrikanten begründeten ihre ablehnende Antwort mit folgendem: „Unsere Absicht und Pflicht ist es, den Vertrag genau einzuhalten, welcher die bereits in unseren Betrieben veröffentlichte Arbeitszeit vorsieht, wir wollen eine Durchbrechung des Vertrages vermeiden und damit auch keinen Präzedenzfall schaffen, wenn wir Ihrem Wunsche entsprechen würden." So lobenswert wir dieses Beginnen an sich halten würden, ist es doch sonderbar, daß den Herren diese Pflicht zur Einhaltung des Vertrages erst in dem Augenblicke zum Bewußtsein kommt, in dem die Gesellen mit einem Wunsch, der keinerlei materielle Aenderung bedeutet, hervortreten. Seither waren die Herren gar nicht so ängstlich. Trotz Vertrag und Ehrenwort ging man gleich im Anfang der Vertragsperiode mit Maßregelungen vor. Und der Vorsitzende der Fabrikantenvereinigung, Herr Vogel, versuchte es, Akkordpreise auf Speisezimmer bis 10 Proz nach unten abzurunden. In dem Betriebe des Schriftführers, Herrn Mayer (Kersting u. Mayer), geht es auch so vertragstreu zu, daß für Ueberstunden, die jahraus jahrein gemacht werden, die vertragsmäßigen Zuschläge nicht bezahlt werden, überhaupt liegt dort vieles im argen. Herr Heist läßt sogar bis 11 und 12 Uhr nachts arbeiten, angeblich um seinen Leuten die Möglichkeit zu geben, etwas zu verdienen. Besser wäre es, anständige Löhne zu zahlen. Die Vertragstreue der Fabrikanten ist also nur eine äußerliche. Die Kollegen werden gut tun, den letzten Mann zur Organisation heranzuholen, um die Einhaltung der Bestimmungen besser als seither erzwingen und für sich Besserungen durchsetzen zu können.

Schweidnitz. Am 23. September tagte hier eine von fast allen Kollegen besuchte Versammlung der Drechsler. Zweck derselben war: Gründung einer Drechslersektion. Nach einer vom Kollegen Schönert gegebenen Erläuterung der Aufgaben einer Sektion und nach kurzer Aussprache wurde deren Gründung einstimmig beschlossen. Zum Sektionsleiter wurde Kollege Schönert bestimmt.

München. In der Schirmfabrik Max Schönherr ist dem Sohne des Inhabers die Organisation ein Dorn im Auge. Obwohl er keine Ahnung von der modernen Gewerkschaftsbewegung hat, will er die dort beschäftigten Kollegen mit seinen Geistesblüten bekehren. Hat ein Kollege den Mut, seine Ansichten richtig darzulegen, so ist seines Bleibens in der Bude nicht mehr. Mit allen möglichen Mitteln wird dem Kollegen von Schönherr junior so lange zugesetzt, bis er schließlich der Bude den Rücken kehrt oder ihm wird der Stuhl vor die Tür gesetzt. Dazu ist noch zu bemerken, daß Drehbank sowie Werkzeug aus recht aller Zeit stammen. Erdreistet sich ein Kollege, auf die Folterwerkzeuge hinzuweisen, so glaubt der junge Herr, ihn als unfähig hinstellen zu dürfen. Wir ersuchen die Kollegen, ehe sie nach München kommen, sich beim Bureau zu erkundigen und nur die Arbeitsvermittlung zu benutzen.

Nürnberg. (Kammacher.) Auf unsere Anregung zur Abhaltung einer Branchenkonferenz haben sich leider bisher außer der Zentralkommission nur fünf Orte geäußert, und zwar nur solche mit besseren Organisationsverhältnissen. Trotzdem müssen wir auch heute auf unserer Meinung von der Zweckmäßigkeit einer solchen Konferenz bestehen. Allerdings ist dabei Voraussetzung, daß vorher die Kollegen in den Orten für uns gewonnen werden, in denen die schlechtesten Arbeitsverhältnisse herrschen und deren Schmutzkonkurrenz unsere Errungenschaften immer wieder zunichte machen. Können wir aber diese Orte nicht herbeiziehen, so ist es schon besser, vorläufig überhaupt auf eine Konferenz zu verzichten. Nun ist ja in diesem Jahre schon manches zur Aufklärung der Kammacher geschehen. So erschien im April der Jahresbericht der Zentralkommission, der leider zu wenig bekannt wurde, dann im Mai ein interessanter Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung" und schließlich im Juli ein Flugblatt der Zentralkommission. Für eine Konferenz müßten nun außer den im Eingesandt der Zentralkommission in Nr. 35 dieser Zeitung genannten Orten mindestens noch gewonnen werden: Ansbach, Erlangen, Weißenburg i. B., Speyer, Lauterbach, Bensheim, Mannheim, Pforzheim, Michelstadt, Weinheim, Kreuznach, Hannover, Harburg, Schötmar, Zerbst, Naumburg, Leipzig und Aschaffenburg. Die Konferenz selbst sollte sich nur auf die Kamm- und Haarschmuckarbeiter beschränken, um eine wirklich erfolgreiche Aussprache herbeizuführen. Für die anderen Spezialitäten, wie zum Beispiel die Bestecknacher, würden sich besondere Konferenzen empfehlen. Einen besonders wichtigen Verhandlungspunkt würde die Frage der Grenzstreitigkeiten bilden. Wir müssen immer wieder feststellen, daß der Fabrikarbeiterverband unsere Branchenangehörigen mit wenig einwandfreien Mitteln zu sich herüberzuziehen sucht. Eine Regelung könnte in dem Sinne erfolgen, daß Werkstätten für Zelluloidverarbeitung, die Kämme und Haarschmuck herstellen, ganz zu unserem, alle anderen dagegen zum Fabrikarbeiterverband gehören. Als Zeitpunkt der Konferenz wären die Weihnachtstage mit dem 24. Dezember als Reisetag wohl am geeignetsten.

Unsere Lohnbewegung.

In Berlin stehen die Korbmacher der Geschoßkorbbranche im Streik. Obermeister Bergmann hat verschiedene Sorten dieser Körbe übernommen, er betreibt aber nicht selbst eine Werkstatt, sondern gibt die Arbeit an andere Meister weiter. Dadurch teilen sich zwei Mann in den Verdienst und für die Arbeiter bleibt nichts übrig. So kam es schon vor einigen Wochen zu Differenzen bei den Mörserkörben. Die Kollegen verlangten für den Rumpf 1,25 Mk., es wurde aber nur 1,10 Mk. geboten. Nach zwei Tagen Streik wurde den Kollegen das Geforderte bezahlt. Es kam dann zu weiteren Differenzen bei den runden 15 Zentimeter-Körben; hier bot Herr Bergmann einen solchen Preis, daß nicht mehr als 50 Pf. Arbeitslohn gezahlt werden konnte. Die Kollegen verlangten 65 Pf. Bergmann versuchte die Körbe auswärts machen zu lassen; doch ist es ihm bis jetzt noch nicht gelungen. Wir bitten die Kollegen, darauf zu achten und Geschoßkörbe für Berlin abzulehnen, da es Streikarbeit ist. Für die großen runden Körbe, die sogenannten Rauchetonnen, bot man 90 Pf., die Kollegen verlangten 1,20 Mk. und legten die Arbeit nieder. Es ist nun anzunehmen, daß Herr Bergmann mit seinem Stab versuchen wird, nach Berlin Arbeitskräfte heranzuziehen. Wir bitten die Kollegen, Berlin bis auf weiteres zu meiden, dann wird es uns gelingen, für die Geschoßkörbe einigermaßen annehmbare Löhne zu erzielen. Ferner bitten wir, den Innungsnachweis zu meiden, der nach den bestreikten Werkstätten vermittelt. Er befindet sich beim Korbmachermeister Kißner, Mariannenplatz.

In Burg ist am 4. Oktober mit der Firma A. G. Wolf eine Einigung erfolgt und die Arbeit am Montag, den 7. Oktober, also nach 18½ Wochen langem Streik wieder aufgenommen worden. Die während des Streiks eingetretenen Arbeitswilligen müssen bis dahin aus dem Betriebe entfernt werden, dazu auch ein schon vordem dort Beschäftigter, den die Manieren der Kaczmarekgardisten allzusehr zur Nachahmung gereizt hatten. Ueber die strittigen Tarifpositionen war schon am 2. Oktober zwischen der Firma und dem Fabrikausschuß eine Verständigung erzielt worden. Im übrigen treten für den Betrieb die für Burg allgemein geltenden vertraglichen Bestimmungen in vollem Umfange für jetzt und zukünftig in Kraft. Mit wie furchtbar schweren Opfern, ja mit dem blutigen Opfer des durch Streikbrecherhand ermordeten braven Genossen Fritsche, dieser Sieg hat erkämpft werden müssen, das ist schon in Nr. 39 unserer „Holzarbeiterzeitung" geschildert, auch wie uns im Kampfe um die Durchführung des Vertrages der Arbeitgeberschutzverband dabei in den Rücken fiel. Die Einigung in dieser Sache ist zwar formell mit diesem erfolgt, aber noch bis zum letzten Stadium der Verhandlungen hat er sie mit allen Mitteln zu erschweren gesucht.

Als Folge dieses Verhaltens sind denn auch Verhandlungen über die Differenzen bei dem Tischlermeister Kaniuth (in Firma Herger u. Jahn), der sich als dortiger Vorsitzender des Schutzverbandes in die Wolffsche Sache so verstrickt hatte, daß die Kollegen am 23. September bei ihm ausständig wurden, noch nicht möglich gewesen. Was die „Fachzeitung" in ihrer letzten Nummer darüber bringt, ist ein mehr wie lendenlahmer Versuch, die Vertragsverletzungen des Herrn Kaniuth zu beschönigen. Die Behauptung in der offiziellen Ankündigung des Arbeitgeberschutzverbandes, daß die Arbeitsniederlegung bei Kaniuth unter Bruch des Vertrages erfolgt sei, ist falsch. Nicht unsere Kollegen haben den Vertrag gebrochen, sondern sie sind zur Arbeitseinstellung gezwungen worden durch den fortgesetzten Vertragsbruch der Burger Unternehmer unter Führung des Herrn Kaniuth. Dessen Betrieb bleibt gesperrt.

In Pockau hat die Lohnbewegung der Holzarbeiter bei der Kistenfabrik L. Hunger zu einer Einigung geführt. Erreicht wurde eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 67 auf 65 Stunden, eine Erhöhung der Stundenlöhne und 10 Proz. Aufschlag auf die Akkordsätze. Für Ueberstunden 10 Proz. Dem neugeschaffenen Akkordtarif wurde ein anderer moderner Berechnungsmodus zugrunde gelegt. Außer der Arbeitszeitverkürzung haben die Arbeiter einen Mehrverdienst von 1 Mk. bis 2,40 Mk. pro Woche erzielt. In Anbetracht der jungen Organisation ist dieser Abschluß doch beachtenswert. Sache der Holzarbeiter ist es nun, ihre Organisation immer mehr auszubauen, um die Vorbedingung für spätere Erfolge zu geben. Möchten doch die Holzarbeiter des ganzen Pockautales aus diesen Vorgängen lernen.

In Stolp befinden sich die Kollegen von der Firma C. Block seit dem 16. Juli in einem Abwehrstreik. Die Firma versuchte fortgesetzt den im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifvertrag zu umgehen, indem sie ungelernte Arbeitskräfte heranzog und ihnen die Arbeit in Teilarbeit vorgab, wodurch unsere Kollegen wesentlich geschädigt wurden. Der Betrieb fertigt beste Berliner Bauarbeit. Da die Mehrzahl der jetzt dort Beschäftigten die ungelernten Arbeiter bilden, ist die Qualität der Lieferungen so niedrig, daß diese in Stolp schwer unterzubringen wäre. Ob man nun in Berlin dauernd diese Erzeugnisse abnimmt, ist wohl fraglich. Da nun in der vorliegenden Differenz seither eine Einigung nicht zu erzielen war und unsere Kollegen trotz der schwarzen Liste des Herr Block Arbeit in Stolp erhalten haben, hat die Verwaltung beschlossen, den Streik aufzuheben; die Sperre für den Betrieb wird aber weiter geführt.

Ausland.

Aus Oesterreich wird uns geschrieben:

In der Nesselsdorfer Waggonfabrik dauert der Streik noch immer fort. Der Herr Direktor Fischer von Rößlerstamm war selbst auf der Suche nach Streikbrechern in Deutschland. Die berüchtigte Firma Kaczmarek lieferte auch über 200 Streikbrecher. Nach mehreren Wochen hatten diese Kreaturen es glücklich soweit gebracht, daß sie alle entlassen werden mußten, da sie die ganzen Maschinen ruiniert hatten und die fertig gewordene Arbeit vor der Ablieferung einer Reparatur unterzogen werden mußte. Trotz dieser Erfahrung setzt die Direktion die Suche nach Streikbrechern fort, obwohl mit wenig Glück. Der Kampf dauert hier nun schon seit dem 9. Mai und ist ein Ende desselben noch nicht abzusehen, da der Herr Direktor erklärte, solange er ein Auge im Kopfe habe, unterhandele er mit der Organisation nicht. Er rechnet hier mit der Zersplitterung der Organisation durch die Separatisten und ist der Meinung, daß weder die Organisation noch die Arbeiter selbst einen langen Kampf aushalten können. Das dürfte aber ganz sicher eine falsche Rechnung sein.

In Innsbruck dauert der Kampf nun schon seit dem 1. Juli. Eine angebahnte Verhandlung hat sich zerschlagen, da die Unternehmer sich zu keinen annehmbaren Zugeständnissen bewegen ließen. Die von der berühmten Firma Blankenburg in Hamburg gelieferten Streikbrecher haben bis auf zwei Mann bereits wieder Innsbruck verlassen. Die Zahl und Qualität derselben war so gering, daß sie nicht in Betracht kamen. Dafür entsteht nun den Unternehmern ein neuer Helfer in der Not. Der Verband der christlichen Holzarbeiter Oesterreichs sucht auf Umwegen, über seine Zahlstelle in Linz, im Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes Deutschlands, in der Nummer vom 4. Oktober 1912, 50 tüchtige Bau- und Möbeltischler für Deutsch-Oesterreich. Nach alledem, was man an Erfahrungen gesammelt hat über die Tätigkeit dieses Verbandes, ist anzunehmen, daß durch dieses Inserat Tischler

angeworben werden sollen, die entweder als Streikbrecher verwendet oder den Unternehmern in ihrem schon jetzt beginnenden Kampfe in Wien für das Jahr 1913 Helfershelferdienste leisten sollen. Die Unternehmer der Tischlereibetriebe haben nämlich in einer Sitzung beschlossen, in der Provinz Tischler anzuwerben, um dann allen in Wien organisierten Gehilfen zugleich zu kündigen. Diese Anwerbung soll nun durch allerlei Inserate in verschiedenen Blättern erfolgen. Daß die christlichen Holzarbeiter die ersten sind, welche den Unternehmern in ihrem Kampfe gegen die frei organisierten Holzarbeiter beispringen, beweist neuerdings, was von dieser Sorte von Arbeitern zu erwarten ist. Ueberall, wo wir mit den Christen zugleich im Kampfe gestanden, haben sie Scheinverträge abgeschlossen, um uns in den Rücken fallen zu können. So haben sie es gehalten im Jahre 1908 in Bozen, 1909 in Wien und 1912 in Graz. Wären sie in Linz und Innsbruck stark genug, um es durchführen zu können, hätten sie es sicher auch getan.

Da es in der nächsten Zeit öfter vorkommen dürfte, daß in verschiedenen Blättern Deutschlands Tischler nach Oesterreich, speziell nach Wien, gesucht werden, ergeht an die Kollegen das Ersuchen, auf solche Gesuche keine Stelle anzunehmen. Allem Anschein nach sollen die Wiener Tischler bei Ablauf des Vertrags im Jahre 1913 wieder in den Kampf getrieben werden.

—o—

In Finnland ist der Streik der Arbeiter in den Holzstoff- und Papierfabriken zu Kymmene am 1. Oktober beendet worden. Vereinbart ist, die Erforschung und Neuregelung der Lohnverhältnisse einem Ausschuß zu übertragen, der aus je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern und 1 Unabhängigen als Vorsitzenden besteht. Dagegen dauert der Streik im Baugewerbe zu Helsingfors weiter.

Aus der Holzindustrie.

Vom Terrorismusgeschrei.

Der Reichsverein liberaler Arbeiter, der kürzlich gegründet wurde, scheint, nach seiner ersten Leistung zu urteilen, das Kolportieren von Terrorismusgeschichten als seine wichtigste Aufgabe zu betrachten. Ein grausamer Terrorismusfall aus Halle, der dieser Tage durch die Presse ging, ist von diesen „liberalen" Arbeitern hübsch aufgeputzt an die Zeitungen versandt worden. Natürlich ist das Opus auch von der „Eiche" abgedruckt worden, die, um den Eindruck zu verstärken, gleich noch eine Terrorismusgeschichte aus Königsberg i. Pr. anhängte. An beiden Orten sollen Unternehmer gezwungen worden sein, Hirsche zu entlassen, weil die Verbandsmitglieder nicht mehr mit ihnen zusammen arbeiten wollten. Der Vorwurf, Terrorismus verübt zu haben, hätte vielleicht eine Spur von Berechtigung, wenn die Forderung, die Hirsche zu entlassen, wirklich erhoben worden wäre. Tatsächlich ist das aber an beiden Orten nicht geschehen. Als einige unserer Kollegen die Absicht äußerten, aufzuhören, um nicht mehr mit den Hirschen zusammen arbeiten zu müssen, die durch ihr Verhalten hinreichend Anlaß zu der gegen sie herrschenden Antipathie gegeben hatten, da waren es an beiden Orten gerade die Vertreter der Lokalverwaltung, die sich bemühten, die Kollegen zum Bleiben zu bewegen. Von einem Streik zu dem Zweck, den Unternehmer zu zwingen, die Hirsch-Dunckerschen zu entlassen, kann weder in dem hier erwähnten, noch sonst in irgendeinem Fall die Rede sein, denn unsere Verbandsleitung würde hierzu nie ihre Zustimmung geben. Wir wollen übrigens diesen Anlaß benutzen, um unseren Kollegen dringend zu raten, Zurückhaltung zu üben. Wir wissen, daß das unkollegiale und vielfach provokatorische Auftreten von Mitgliedern der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Organisation große Anforderungen an die Langmut unserer Kollegen in den Werkstätten stellt. Aber trotzdem sollte sich jedes einzelne Verbandsmitglied stets der auf ihm lastenden Verantwortung bewußt sein. Die Hirsche sowohl als die Christen brennen darauf, Terrorismusfälle zu konstruieren, und der geringste Anlaß ist ihnen recht, wenn sie ihren Zweck damit erreichen können. Dem sollte vorgebeugt werden, indem ihnen jede Gelegenheit genommen wird, sich als die verfolgte Unschuld aufzuspielen.

Im allgemeinen wird übrigens seither schon so gehandelt und das Verhalten unserer Lokalverwaltungen in Halle und Königsberg zeigt, wie sehr die Funktionäre des Verbandes bemüht sind, auch den Schein zu vermeiden, als ob seitens unseres Verbandes versucht würde, die Entlassung von Angehörigen anderer Organisationen zu erzwingen. Wie weit diese Bemühungen gehen, ergibt sich besonders deutlich aus dem Königsberger Fall, wo unser Verbandsvertreter die Kollegen, die bereits aufgehört hatten, direkt veranlaßt hat, wieder anzufangen und die versäumten drei Arbeitsstunden durch Ueberarbeit wieder einzubringen. Die Behauptung der „Eiche", die Drohung mit dem Staatsanwalt hätte das bewirkt, ist lächerlich, denn auch der schneidigste Staatsanwalt kann keinen Arbeiter hindern, ordnungsmäßig seine Entlassung zu nehmen, wie es in keinem Fall geschehen war. Daß den fraglichen Arbeitern Ueberstunden gestattet wurden, hängt damit zusammen, daß es in Königsberg vielfach zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Notwendigkeit verlangter Ueberstunden gekommen ist, und unsere Verwaltung sich die Wahrung ihres Standpunktes, wonach unnötige Ueberstunden zu vermeiden sind, nicht erschweren will. Uebrigens hat der Vertreter unserer Königsberger Verwaltung, um weitere Reibereien in der Werkstatt zu verhüten, verlangt, daß die Hirsche von den übrigen Arbeitern räumlich getrennt, zum mindesten aber gemeinsame Arbeit vermieden werden. Dem Unternehmer wurde versprochen, in diesem Sinne Abhilfe zu schaffen. In beiden Fälle haben unsere Kollegen eine sehr weitgehende Nachgiebigkeit an den Tag gelegt. Nachdem der Hirsch-Dunckersche Groß einem unserer Kollegen, mit dem er zusammen arbeitete, seine überlegene Körperkraft dadurch zu beweisen versuchte, daß er ihn würgte und gegen die Bank drückte, hätte man es ihnen kaum verdenken können, wenn sie energischer aufgetreten wären.

Um diese Terrorismusgeschichte dufliger zu machen, erzählt die „Eiche", einem der Ihren sei in die Stiefel uriniert worden. Natürlich hätte das ein Verbändler getan. Daran ist so viel wahr, daß vor einigen Wochen ein Hirsch den Vorfall in einer Werkstattversammlung erwähnte; daß ein Verbandsmitglied daran beteiligt war, hat er damals nicht behauptet, dieser Schwindel ist ganz neu. Daß die Stiefel verunreinigt waren, hat niemand gesehen. Aber selbst wenn es der Fall sein sollte, dann ist die Verdächtigung der Verbändler doch eine niederträchtige Verleumdung. Außer den in der Werkstatt arbeitenden Verbandsmitgliedern kommen nämlich noch so viele andere Personen, Arbeiter, die Holz transportieren, Fuhrleute, Faktoren, in die Werkstatt, daß es ein starkes Stück ist, jetzt die Verbandsmitglieder einer Tat zu verdächtigen, von der es sogar noch zweifelhaft ist, ob sie überhaupt vollbracht wurde.

Soviel über die angeblichen Terrorismusfälle, mit welchen, bei Lichte betrachtet, die Hirsche wirklich keinen Staat machen können. Aber wie kommt es, daß die Hirsche an manchen Orten so unbeliebt sind, daß unsere Kollegen es mitunter vorziehen, die Arbeitslosigkeit auf sich zu nehmen, statt weiter neben diesen Leuten zu arbeiten? Material zur Beantwortung dieser Frage bietet die nachstehende Zuschrift.

Aus Bremen wird uns geschrieben:

Seit Jahren versuchen die Hirsche, denen bei uns jeder Boden fehlt, eine finanzielle Unterlage und daneben etwas Beschäftigung für ihre beiden hierorts stationierten Sekretäre zu schaffen. Ihre Agitation durch Verbreitung von Flugblättern, deren Inhalt aus einem eintönigen Geschimpfe auf die freien Gewerkschaften besteht, blieb aber erfolglos, man versucht es also mit anderen Mitteln und die Hirsche scheuen vor den verwerflichsten nicht zurück. Drohen in irgendeinem Betriebe Differenzen auszubrechen, so sorgen die Hirsche dafür, daß die Regelung unmöglich wird oder zum Schaden der Arbeiter ausfällt. Gerichtlich mußten sich die Herren in diesem Jahre beweisen lassen, daß Streikbrecher nach der hiesigen Waggonfabrik vermittelt waren; bei einer Zigarrenwickelformenfabrik standen wir wegen Vertragsdifferenzen in der Bewegung, schnell versuchten die Hirsche, den Betrieb zu besetzen, allerdings ohne Erfolg.

Am 4. September stellten unsere Kollegen bei der Firma Kreuner u. Bick die Arbeit ein, weil die Firma, entgegen dem Vertrag, sich weigerte, ihre Arbeitskräfte (Maschinenarbeiter) vom Arbeitsnachweis zu beziehen. Zunächst wurde mit der Firma eine Einigung erzielt, als aber unsere Kollegen wieder anfangen wollten, sollte Auslese gehalten werden. Dies lehnten wir ab und der Streik war unvermeidlich. Wir konnten uns den Gesinnungswechsel der Firma schlecht erklären, erfuhren dann aber, daß der ohne Nachweis eingestellte Arbeiter ein Hirsch war. So kam gleich Zusammenhang in die Geschichte. Sie schien aber immer noch unklar, weil der eingestellte Hirsch nach einigen Tagen wieder entlassen wurde, wie wir später erfuhren, weil er unfähig war, an der Maschine zu arbeiten. Daß unsere Mutmaßungen richtig waren, darüber sollte uns folgendes Schreiben aufklären:

Herrn A. Pudlitz
Lauenburg (Pommern),
Danzigerstr. 80.

Bremen, den 26. September 1912.

An die Ortsvereine des Gewerkvereins der Holzarbeiter!

Werter Kollege!

Vor ungefähr 14 Tagen hatte ich mich an eine Anzahl Ortsvereine gewandt, um einige Kreis- und Bandsägenschneider nach hier zu bekommen. Es handelt sich um 4—5 Leute für einen Betrieb, in dem die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes die Arbeit niedergelegt haben, weil ein Kollege von uns dort anfing zu arbeiten. Bis heute haben sich jedoch noch keine Kollegen gemeldet. Ich wende mich deshalb noch einmal an die Ortsvereine, ob es denn nicht möglich ist, einige Kollegen nach hier zu senden. Der Einstellungslohn beträgt 58 Pf. pro Stunde. Es müssen sich wohl einige Kollegen finden, die gewillt sind, uns hier zu unterstützen. Ferner suche ich noch einen Drechsler für denselben Betrieb. Ich ersuche deshalb die Ortsvereine nochmals, wenn Kollegen dort sind, die nach hier kommen wollen, mir dies doch umgehend mitzuteilen.

Mit Gewerkvereinsgruß

H. Meschkat, Arbeitersekretär.
Bremen, Daventorsteinweg 70.

Betrübend ist es für eine gewerkschaftliche Organisation, die zu solchen Mitteln greifen muß, betrübender aber, daß es noch Arbeiter gibt, die das gewerkschaftliche Prinzip anerkannt haben und solchen Drahtziehern noch Gefolgschaft leisten, die in offener unzweideutiger Weise ihre Mitglieder zum Streikbruch auffordern. Beschämend muß das auf den Arbeiter wirken, dem von der Organisationsleitung solche Handlungen zugetraut werden.

Bezeichnend ist es aber für den Einfluß und die Bedeutung des Gewerkvereins, daß trotz wiederholter Aufforderung bei einer ganzen Anzahl Ortsvereinen sich innerhalb 3 Wochen noch nicht ein einziger Arbeiter einfand, der dem Gebilde der Leithämmel in Bremen Folge leistete. Nur weiter so, ihr Meschkat und Menthen, diese Art Agitation ist die beste Propaganda für unsere Organisation.

Mehr Unfallschutz!

Das Bestreben der an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten hat einen recht anerkennenswerten Erfolg gezeitigt. Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft, der man ja zugestehen muß, daß sie seit je dem Unfallschutz größere Aufmerksamkeit widmet, hat sich mit einer Anzahl anderer Berufsgenossenschaften in Verbindung gesetzt und mit diesen gemeinsam den Maschinenfabrikanten eine Anzahl **Minimalforderungen für Schutzvorrichtungen** an Maschinen zur Holzbearbeitung unterbreitet und ihre Mitglieder verpflichtet, Maschinen ohne die in der Minimalforderung benannten Vorkehrungen nicht zu kaufen. Zu dem gemeinsamen Verfahren haben sich zusammengeschlossen außer der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft die Bayerische Holzindustrieberufsgenossenschaft und die der Musikinstrumentenindustrie, außerdem die Südwestliche, Rheinisch-Westfälische, Württembergische, Hessen-Nassauische, Magdeburgische, Nordöstliche, Thüringische, Hamburgische, Sächsische, Schlesisch-Posensche und Bayerische Baugewerksberufsgenossenschaft. Die Norddeutsche und die Sächsische Holzberufsgenossenschaft haben sich merkwürdigerweise dem Vorgehen nicht angeschlossen.

Der Vorstand unseres Verbandes hat sich mit dem Vorgehen einverstanden erklärt und dementsprechend ist dem Rundschreiben folgende Erklärung beigefügt:

„Zum Zeichen, daß wir im Punkte „Arbeiterschutz an Maschinen" mit den Unternehmerkorporationen einig gehen und die aufgestellten Minimalforderungen in allen Teilen billigen, schließen wir uns denselben an.

Berlin, den 17. September 1912.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes."

Die Maschinenfabrikanten werden in dem Anschreiben auf den § 120 der Gewerbeordnung verwiesen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Maschinen usw. so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutz der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen erforderlich sind."

Es wird den Maschinenlieferanten angekündigt, daß sich die Berufsgenossenschaften bei eintretender Inanspruchnahme für Unfälle, die durch Lieferungsmängel entstanden sind, an ihnen schadlos halten werden. Es fehlt aber auch nicht an ernster Ermahnung, bei Herstellung der Maschinen die gebührende Rücksicht auf den neuesten Stand der Unfallverhütungstechnik zu nehmen und unter keinen Umständen Maschinen in Verkehr zu setzen, welche des erforderlichen Schutzes gegen Betriebsunfälle oder der schützenden konstruktiven Einrichtung entbehren.

Den Mitgliedern der Berufsgenossenschaften wird eine Lieferantenliste zugestellt, in welche alle Fabrikanten aufgenommen werden sollen, die folgende Bedingung schriftlich anerkennen:

„Alle Lieferungsbestandteile (Maschinen und Zubehör) sind mit den allgemein üblichen und den in den aufgestellten Minimalforderungen aufgeführten Schutzvorkehrungen zu versehen. Fehlende oder mangelhaft gelieferte Schutzvorkehrungen hat der Lieferant ohne Aufschlag auf den Kostenpreis in völlig entsprechender Weise nachzuliefern oder zu verbessern."

Was die Minimalforderungen, die an die Maschinenfabrikanten gestellt sind, anbelangt, so umfassen dieselben 30 Positionen und behandeln das ganze Gebiet der Holzbearbeitung durch die Maschinen. Wir benennen folgende Abschnitte: Allgemeines, Betriebsmotoren, Kreissägen, Fräsen, Pendelsägen, Abricht- und kombinierte Hobelmaschinen, Dickenhobelmaschinen, Bandsägen, Gattersägen, Schmirgelscheiben, Pressen und Stanzen, Motorbandsägen und Kreissägen für Brennholzsägereien, Schleifmaschinen für Möbelfabriken und Schreinereien, Falzmaschinen für Bodenzurichtung im Nebenbetrieb bei Möbelfabriken und Aufzüge. Die Forderungen sind von dem technischen Personal der Berufsgenossenschaften bearbeitet und die hierzu von unserer Zentralkommission der Maschinenarbeiter geäußerten Wünsche haben Berücksichtigung gefunden. Sie sind aber nur Minimalforderungen, die von den Beteiligten ohne schwere Opfer erfüllt werden können. Man hat sich auf solche Forderungen beschränkt, über deren Zweckmäßigkeit Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Die nimmer rastende Technik schreitet aber immer vorwärts, ihre Erfolge in den Dienst des Unfallschutzes zu stellen, muß immer mehr die Aufgabe aller bei dieser Sache beteiligten Faktoren sein. Die benannten Berufsgenossenschaften legen anerkennenswerterweise auch dieser Seite größere Bedeutung bei und machen die Fabrikanten und deren Personal darauf aufmerksam, daß sie diesbezügliche Bemühungen zu schätzen wissen und durch Geldprämien anzuerkennen gedenken. — Das ist ein wesentlicher Schritt vorwärts. Hoffen wir, daß ihm noch weitere folgen.

Gewerkschaftliches.

Der französische Gewerkschaftskongreß.

st. Vom 16. bis 21. September tagte in Havre der Kongreß der französischen Gewerkschaften. Er wird in der Geschichte der französischen Gewerkschaften einen dauernden Platz haben, denn auf ihm kamen die von uns wiederholt hervorgehobenen Tendenzen zum Durchbruch, die zu einer Revidierung des französischen Syndikalismus führen werden. Der Syndikalismus, so wie ihn die theoretisierenden Syndikalisten darstellen, stellt die Aktion der Organisation voran. Er rechnet in der Aktion in erster Linie auf das revolutionäre Gefühl der Massen und hält die Disziplin und die solidarische Opferfreudigkeit für minder bedeutend, wenn nicht nebensächlich. Er beschränkt das Kampffeld auf das gewerkschaftliche Gebiet, ohne Berücksichtigung des politischen Kampfes, wobei er notwendig zu einer ständigen Erweiterung des gewerkschaftlichen Kampffeldes kommt, weil eben der kapitalistische Staat, selbst wenn die Arbeiter sich nicht um ihn kümmern wollten, sich mit den Arbeitern beschäftigt. Er ist schließlich nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern in seiner Tendenz gegen den Staat, gegen jedes Staatswesen gerichtet. Als wesentliches Mittel zur Beseitigung der Lohnarbeit und des Staates führt er den Generalstreik an. Aus diesen anarchistischen Tendenzen stammt seine Minderwertung der Organisation.

Was den Kongreß in Havre charakterisiert, ist dagegen seine ständige Sorge um die Organisation,

In allen Streitfragen hat er, unbekümmert um Prinzipien und Tendenzen, für die Stärkung und den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation entschieden.

Nach den Begrüßungsansprachen von Bergmans von der belgischen und Sassenbach von der deutschen Gewerkschaftszentrale, die beide insbesondere auf das notwendige Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften hinwiesen, kamen bei der Mandatsprüfung zwei delikate Streitfragen zur Entscheidung. Nach dem Eisenbahnerstreik vom Oktober 1910 nahm der Eisenbahnerverband eine Reorganisierung vor. Der auf dem Kongreß der Eisenbahner angenommene Statutenentwurf wurde dem Vorstande zur genaueren Redigierung überwiesen. Dabei nahm dieser insofern eine Aenderung vor, als er den alten Namen beibehielt. Das nahm der revolutionäre Flügel zum Vorwand, um eine Sonderorganisation zu gründen und auf dem Kongreß und in der Konföderation Sitz und Stimme zu erlangen, was mit einer Hinausdrängung des alten Verbandes gleichbedeutend gewesen wäre. Der Kongreß beschloß jedoch, daß die Sonderorganisation sich aufzulösen habe und deren Mitglieder dem alten Verbande beitreten müssen.

Die zweite Frage war die nicht volle Abführung der Beiträge der Gewerkschaften an die Konföderation, was besonders von dem „reformistischen" Textilarbeiterverband damit begründet wurde, daß die in der Konföderation betriebene Agitation nicht seinen Tendenzen entspreche. Es wurde schließlich bestimmt, daß künftig die Organisationen ihre Kassenberichte der Konföderation einzuschicken haben und daß die Organisationen, die ihrer Beitragspflicht nicht genügen, ausgeschlossen werden sollen. In dieser Richtung sei gleich die vorgenommene Erhöhung der Beiträge an die Konföderation erwähnt, die auf 10 Fr. pro 1000 verkaufter monatlicher Beitragsmarken für die Verbände und 7 Fr. für die Gewerkschaftskartelle festgesetzt wurden, wozu noch ein Zuschlag von 25 Proz. zur Bestreitung der konföderalen Reiseunterstützung kommt.

Die bedeutendste Diskussion entwickelte sich über den Antrag Renard, Sekretär des Textilarbeiterverbandes, der sozialistischen Partei die Sympathie der Gewerkschaften auszudrücken. Der Antrag war eine Erwiderung auf ein von mehreren führenden Syndikalisten veröffentlichtes Manifest, das sich, bezugnehmend auf die Schwenkung des Genossen Herbé, in dunklen Drohungen gegen die Partei erging. In der Debatte wurde die in Frankreich noch umstrittene Frage der Beziehungen von Partei und Gewerkschaften aufgerollt. Bemerkenswert ist, daß selbst die Anarchisten ihre gewohnten Angriffe gegen die Partei unterließen und ein gelegentliches gemeinsames Vorgehen nicht von der Hand wiesen. Andererseits verteidigten die Genossen die Partei, sprachen sich jedoch meist gegen eine ausdrückliche Sympathiekundgebung aus. Es wurde dann auch zum Schlusse die Neutralitätserklärung des Kongresses von Amiens (1906) wieder erneuert.

Dann wurde zu den Aenderungen des Altersversicherungsgesetzes Stellung genommen und die ablehnende Haltung aufrechterhalten. Der Kongreß forderte entweder die Beseitigung der Beiträge der Arbeiter oder die Ersetzung des Kapitalisierungs- durch das Verteilungssystem und die Einführung der Invalidenversicherung. Bei dem folgenden Punkt Antimilitarismus, kamen drei unterschiedliche Fragen zur Verhandlung: 1. Das Gesetz Millerand; 2. die Soldatenkassen und 3. die Haltung im Kriegsfalle. Das jüngst angenommene Gesetz Millerand verschickt alle wegen Armeebeleidigung, antimilitaristischer Propaganda, Widerstand, Landfriedensbruch usw. ein- oder zweimal zu drei bezw. sechs Monaten vorbestraften Rekruten in das militärische Lager oder in die afrikanischen Strafbataillone. Der Kongreß protestierte energisch gegen das Gesetz, das die davon bedrohten jungen Leute zur Fahnenflucht verleite, beschloß die davon Betroffenen zu unterstützen und die Agitation gegen das Gesetz fortzusetzen. In einer zweiten Resolution wurde die Gründung von Kassen zur Unterstützung der beim Militär stehenden Gewerkschaftsmitglieder empfohlen. Die dritte Frage wurde schließlich damit erledigt, daß man bezüglich des Antimilitarismus auf die Beschlüsse der vorhergehenden Kongresse hinwies. Dann kam die Erringung des freien Samstag-Nachmittags, der sogenannten englischen Woche, zur Verhandlung. Der Kongreß überließ die Durchführung dieser Forderung den einzelnen Gewerkschaften, die nach ihren Bedürfnissen die einzuschlagende Taktik wählen können. Schließlich wurde zur Lebensmittelteuerung eine etwas verworrene Resolution angenommen. Hervorzuheben ist die Würde und Ruhe — im Vergleich zu den vorhergehenden Kongressen — mit der diskutiert wurde und die fast einstimmige Annahme aller wesentlichen Beschlüsse. Allgemein wurde die notwendige Gemeinsamkeit vorangestellt. Die Stellungnahme zum Antimilitarismus und zur „englischen Woche" haben besonders gezeigt, daß die französischen Gewerkschaften die anarchistische Phrase überwunden haben.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat am 1. Oktober den Sitz des Verbandsvorstandes und der Redaktion der „Handlungsgehilfen-Zeitung" von Hamburg nach Berlin NW. 23, Holstein-Ufer 16, verlegt. Das Verbandsorgan wirft aus diesem Anlaß einen Rückblick auf die Geschichte der Handlungsgehilfenorganisation auf gewerkschaftlicher Grundlage. Wir entnehmen demselben, daß der heutige Verband Pfingsten 1897 zu Leipzig von acht lokalen „Freien Vereinigungen" ins Leben gerufen wurde und am Schlusse des Jahres 1897 erst 275 Mitglieder zählte. Im folgenden Jahre traten die Lokalvereine von Berlin, Dresden und München, die sich erst abseits gestellt hatten, über und brachte es damit der Verband auf ganze 405 Mitglieder. Um die Jahreswende 1906/1907 war dann die Zahl von 6799 Mitgliedern erreicht. Seitdem ist es nun allmählich gelungen, den in den Kreisen des kaufmännischen Proletariats noch vielfach grassierenden Antisemitismus mehr und mehr zu überwinden und heute hat der Zentralverband mit [illegible] Mitgliedern die Entwickelung der antisemitischen Gegenorganisation bereits zum Stillstand gebracht.

Der bevorstehende Anschluß des Lagerhalterverbandes wird die Mitgliederzahl auf 21 000 erhöhen.

Der Porzellanarbeiterverband hat mit dem Schweizerischen Stein- und Tonarbeiterverband einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, der die Gebietsabgrenzung und den gegenseitigen Uebertritt der Mitglieder regelt. Der Grundgedanke des Vertrages ist der, daß die Berufsangehörigen nur Mitglieder der Organisation ihres Aufenthaltslandes sein können. Wer im anderen Lande, wenn auch nur zur Aushilfe oder auf Probe, in Arbeit tritt, scheidet aus seiner bisherigen Organisation aus und muß sich binnen acht Tagen bei der zuständigen örtlichen Verwaltung oder wenn eine solche nicht vorhanden ist, bei der Verbandsleitung melden, worauf er unter Anrechnung der seither geleisteten Beiträge übertreten kann. Wird diese Frist versäumt, dann verliert das Mitglied alle im Heimatsland erworbenen Rechte. Die Mitglieder des deutschen Verbandes können aber auch in der Schweiz ihre Mitgliedschaft bei der Krankengeldzuschußkasse des deutschen Verbandes fortsetzen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein schießender Streikbrecher verurteilt.

Daß die „nützlichen Elemente" den Grundsatz: „Wir Streikbrecher können einen totschlagen" sehr wörtlich befolgen, ist keine neue Erscheinung mehr. Bemerkenswert ist es aber, daß so einem schießlustigen Arbeitswilligen eine empfindliche Strafe zudiktiert wird. Deshalb verdient die am 25. September vor der Strafkammer zu Görlitz geführte Verhandlung registriert zu werden. Angeklagt war der Tischler Lorenz Mullay. Er war während des Streiks in der Waggonfabrik im Frühjahr d. J. mit anderen Individuen gleichen Kalibers von der berüchtigten Menschenhändlerfirma Kaczmarek nach Görlitz verschoben worden. Hier führte sich das Gesindel in der Weise auf, wie man es von berufsmäßigen Streikbrechern gewohnt ist. Sie waren Herren der Straße, und das anständige Publikum ging den Rowdys scheu aus dem Wege. Mangels anderer Objekte, an denen sie ihre Waffen probieren konnten, veranstalteten die Streikbrecher eine Schlägerei unter sich. In der Nacht zum 3. Juni gab es einen großen Radau auf der Straße. Es fielen Schüsse und schließlich mußten vier der kämpfenden Streikbrecher ins Krankenhaus gebracht werden. Der Mullay hatte dreien seiner Kumpanen gefährliche Schußwunden beigebracht, ihm selbst haben dann die anderen ein Loch in den Schädel geschlagen. Angeklagt wurde Mullay allein, und das Gericht diktierte ihm wegen gefährlicher Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und drei Monaten zu. Es ist zu begrüßen, daß das Gericht gegen die streikbrecherischen Revolverhelden mit solcher Strenge vorgeht. Zu wünschen wäre aber, daß die gleiche Strenge auch dann angewendet würde, wenn ehrliche Arbeiter das Opfer des arbeitswilligen Gesindels sind. Es gibt aber Beispiele dafür, daß solche Taten recht milde Richter finden.

Eingesandt.

Achtung, Drechsler!

Die Gewerkschaftsbewegung hat im Erzgebirge schon ganz schöne Fortschritte erzielt, leider haben die Holzdrechsler und die Reifendreher nicht den gleichen Anteil daran genommen wie die anderen Branchen unseres Verbandes. Besonders indifferent sind noch die Reifendreher. Allein das Flöhatal mit seinen umliegenden Ortschaften Pobershau-Marienberg weist nach der Statistik von 1911 noch 190 indifferente Drechsler auf, Deutschneudorf und Umgegend gegen 200. Dazu kommen noch die Orte Seiffen, Heidelberg, Neuhausen und Rothenthal mit beinahe 250 Drechslern. Anders dagegen ist es im Müglitztale, im Gebiet der Zahlstellen Altenberg und Glashütte. In diesen beiden letztgenannten Zahlstellen sind die Drechsler zu 95 Proz. organisiert. Gestützt auf die gute Organisation wurden dort mehrfach Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt. Die Schmutz- und Schleuderpreise der Fabrikanten im oberen Erzgebirge erschweren es aber den dortigen Unternehmern, neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkt zu erobern. Infolgedessen leiden auch die Kollegen darunter. Diese richten an alle Drechslerkollegen Deutschlands die dringendste Bitte, mehr wie bisher neue Organisationsgebiete dem Deutschen Holzarbeiterverbande zu erschließen, die Drechsler in den entlegensten Winkeln des Erzgebirges, Thüringens, Schlesiens aufzurütteln. Die Lage der Drechsler verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. In den Möbelfabriken ist es der neue Stil, im Massenartikelbetriebe sind es die modernen Maschinen und Fassondrehbänke, welche massenhaft Arbeiter entbehrlich machen. Wenn alle Lokalverwaltungen sowie Sektionsleiter ihre Pflicht tun, müßte es ein leichtes sein, das Heer der Indifferenten auf ein Minimum zu beschränken.

Bernhard Preißler-Geising.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2 bezogen werden.

Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. Verlag von Julius Springer, Berlin. Von dieser Zeitschrift ist das erste und zweite Heft des zweiten Bandes erschienen. Jede neue Lieferung der Annalen befestigt den Eindruck, daß es sich hier um eine sehr wertvolle Bereicherung der sozialpolitischen Literatur handelt, aus welcher insbesondere auch diejenigen, welche sich der praktischen Gewerkschaftsarbeit widmen, viel Nutzen ziehen können. Die Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung erscheinen in Heften, von denen sechs einen Band bilden. Der Preis eines Bandes beträgt 18 Mk. Jährlich erscheinen 1 bis 2 Bände. Wir möchten insbesondere die Zahlstellenbibliotheken auf die Annalen hinweisen, deren Preis leider so hoch ist, daß ihn einzelne Arbeiter wohl nur in Ausnahmefällen erschwingen dürften.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des 11. ordentlichen Verbandstages zu Dresden, Abgehalten vom 4. bis 10. August 1912. Verlag von August Brey, Hannover. Preis 15 Pf.

Deutscher Transportarbeiterverband. Protokoll des 8. Verbandstages, abgehalten vom 9. bis 14. Juni zu Breslau. Verlagsanstalt Courier, Berlin.

Oesterreichischer Arbeiterkalender für das Jahr 1913. Herausgegeben im Auftrage der Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie. Wien. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. Preis gebunden 80 Heller.

Imperialismus oder Sozialismus. Heft 12 der Sozialdemokratischen Flugschriften. Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 16. Preis 10 Pf.

Adressen der Sektionen.

Zu dem in den Nr. 16, 22 und 33 der „Holzarbeiter-Zeitung" veröffentlichten Adressen sind folgende Aenderungen gemeldet:

Bürstenmacher: Weinheim: A. Nuß, Weinheim an der Bergstraße.

Kammacher: Dresden, Alex Zieger, Löscherstraße 17, III.

Korbmacher: Liegnitz, Fritz Knauerhaase, Rudolfstraße 9.

Modelltischler: Bochum, Robert Kieß, Weitmar bei Bochum, Schulstr. 16.

Braunschweig, Heinrich Kammann, Göttinger Straße 23, II.

Landsberg a. W., Erich Haustknecht, Dammstr. 31 b.

Maschinenarbeiter: Landsberg a. W., Karl Mittelstädt, Wall Nr. 8.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. H. 3 in Hamburg).

Einnahme im September:

Ueberschuß sandten ein: Nürnberg 1900, Berlin F, Berlin G je 1000, Neukölln 800, Löbtau 650, Bruck, Freiburg i. B. je 500, Bamberg, Berlin D, Bitterfeld, Düsseldorf, Friedrichsfelde, Weißensee, Würzburg I je 400, Bergen, Dortmund II, Duisburg, Erlangen, Eutritzsch, Feudenheim, Flensburg, Hagen, Hitdorf, Kirchheim, Knauthain, Neu-Ulm, Ochsenfurt, Schweinau, Schwenningen, Würzburg II je 300, Emmendingen, Frankenthal je 250, M.-Gladbach 210, Bielefeld, Bohnang, Britz, Bürrig, Dalsheim, Dessau, Eislingen, Ettlingen, Fechenheim, Gevelsberg, Göppingen, Gohlis, Gonsenheim, Hamburg III, Heidingsfeld, Hürth, Johann-Georgenstadt, Kaiserslautern, Kostheim, Ladenburg, Leipzig I, Mainz, Neu-Isenburg, Nonnweiler, Ravensburg, Schwetzingen, Stetten, Thonberg, Urach, Wachenbuchen, Wilmersdorf, Wörth je 200, Bobenheim 175, Altbach, Böhlitz-Ehrenberg, Dülmen, Eilenburg, Förderstedt, Hamburg II, Hermsdorf, Iserlohn, Löbau, Lorch, Lübeck, Mombach, Schöneberg, Schönefeld, Trebbin, Wittenberg je 150, Rastatt 130, Degerloch 125,07, Bergshausen, Blankenburg a. H., Bonames, Diesdorf, Dürkheim, Endenich, Eusen-Westhofen, Güstrow, Hainhausen, Herdecke, Kessenich, Königsberg, Konstanz, Lambrecht, Luckenwalde, Naumburg, Neuhausen, Neukußheim, Neustadt b. L., Niesky, Ober-Ramstadt, Rödelheim, Rostock, Schwerin, Stade, Stadtilm, Veitshöchheim, Weißenstein, Welschneureuth, Wiesbaden, Worms je 100, Heyda 97,80, Apolda 95, Guben, Tiegenhof 80, Fackenburg 70, Dörnberg, Freiburg i. Schles., Oldesloe je 50 Mk.

Summe der Ueberschüsse	27 562,87	Mk.
Beiträge von Einzelmitgliedern . .	2 963,05	„
Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern	26,60	„
Zinsen von Kapitalien	7 523,—	„
Sonstige Einnahmen	2 156,—	„
Gesamteinnahme	40 231,52	Mk.

Ausgabe im September:

Zuschuß erhielten: Mannheim 500, Neckarau 400, Kassel, Hörde, Straßburg je 300, Vollmarshausen 290, Darmstadt 250, Homburg 240, Altona, Bremen, Frankfurt III, Fürth, Gelsenkirchen, Kiel, Lorsch, München I, Ried, Oeynhausen, Paunsdorf, Rabenau, Volkmarsdorf 200, Jena 160, Aue, Bayenthal, Berghofen, Edingen, Kempten je 150, Möckern 125, Bernburg, Burg, Karlshafen, Koburg, Herford, Mockau, Mühlheim a. M., Plauen b. Dr., Plauen i. V., Potschappel, Rendsburg, Sangerhausen, Soden, Ulm, Urberach, Vach, Wehlheiden, Weimar, Wilhelmshausen, Ziegelhausen, Zirndorf je 100, Lüneburg, Teuchern je 80, Theißen 75, Kaichen, Osterwieck je 50, Minkwitz 30 Mk.

Summe der Zuschüsse	8 680,—	Mk.
Krankengeld an Einzelmitglieder .	2 563,20	„
Sterbegeld „ „ .	90,—	„
Sonstige Ausgaben	6 326,50	„
Gesamtausgabe	17 659,70	Mk.
Gesamteinnahme	40 231,52	Mk.
Gesamtausgabe	17 659,70	„
Zunahme des Vermögens	22 571,82	Mk.

A. Huck, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. H. 86, Hamburg).

Im September sandten Ueberschüsse ein:

Bergedorf 400,— Mk., Berlin D und Nürnberg je 300,— Mk., Kressen und Breslau je 200,— Mk., Bürgel 150 Mk., Linden 100 Mk., Summa 1650 Mk.

Zuschuß erhielten: Berlin D 300 Mk., Fürth 150 Mk., Freiburg 75 Mk., Summa 525 Mk.

Jul. Waßmann.

Anzeigen.

Boizenburg. Kollegen, die hier Arbeit annehmen wollen, sind verpflichtet, zuvor Erkundigung einzuholen bei dem Bevollmächtigten E. Grotz. Umschauen ist zu unterlassen.

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 32, II. Umschauen, Benutzung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Inserate ist strengstens verboten.

Breslau. Der paritätische Arbeitsnachweis findet Breite Str. 35 statt. Die Arbeitsvermittelung findet außer Sonnabend, Sonn- und Feiertage jeden Tag von früh 8 bis 9 Uhr statt. Für Modelltischler ist die Arbeitsvermittelung im Verbandsbureau, Dominikanerplatz 1a, II. Vor Umschauen wird gewarnt.

Dippoldiswalde. Die Reiseunterstützung wird nur abends 7—8 Uhr ausbezahlt vom Kassierer Max Reichelt, Doppelwohnhaus, Rabenauerstr. Die Herberge befindet sich im Restaurant Hickmann, Schulhur.

Erfurt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen für Erfurt und Umgebung befindet sich nur Hirschlachufer 31, geöffnet 6—8 abends. Briefliche Angebote bei den Unternehmern oder Benutzung anderer Nachweise, sowie Umschauen ist streng verboten.

Frankfurt a. Main. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Bureau, Allerheiligenstr. 51 I, geöffnet vormittags von 9—10 Uhr, nachmittags von 3½—4 Uhr. Vermittlung aller in der Holzbranche tätigen Arbeiter, als Bau-, Möbel-, Maschinen-, Modell- und Kistenschreiner, Bürsten-, Pinsel- und Rahmenmacher, Glaser, Drechsler, Vergolder, Wagner (Stellmacher) und die in diesen Berufen beschäftigten Maschinen- und Hilfsarbeiter. Vermittelung für die Stadt und nach auswärts. Umschauen streng verboten.

Leipzig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Volkshaus, Zeitzerstr. 32. Für die Arbeitsvermittlung gelten besondere Bestimmungen. Umschauen und schriftliche Anfragen sind nicht gestattet. Die zugereisten Kollegen haben sich in erster Linie im Zahlstellenbureau zu melden.

Lübeck. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Lübeck befindet sich Fischstr. 25 und ist geöffnet werktags abends von 6½ Uhr an. Die gesamte Arbeitsvermittelung erfolgt nur durch diesen Arbeitsnachweis. Umschauen ist streng verboten.

Lüneburg. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Derselbe befindet sich im Gewerkschaftshaus, auf dem Harz 3.5. Die Arbeitsvermittelung erfolgt abends 7 bis 8 Uhr. Das Anfragen in den Werkstellen um Arbeit ist streng verboten.

Rabenau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelecke, I. Etage. Geöffnet von 11—1 und 5—7 Uhr. Umschauen ist verboten.

Adolf Küffer, Bürstenmacher, geb. zu Landeshut (Schles.), wird dringend ersucht, wegen Erbschaftssachen sofort seine Adresse zu senden an seinen Bruder Tischler **Karl Küffer** in Bertelsdorf bei Lauban (Schlesien).

Wir suchen zum baldigen Antritt einen

Bureaubeamten.

Reflektiert wird auf **jüngere** tüchtige Kraft, welcher flotter Schreiber und zugleich sicherer Rechner ist. Reflektanten müssen Mitglied der Kasse sein. Ortsbeamte, welche die geforderten Fähigkeiten sowie gründliche Kenntnisse der Statuten besitzen, haben den Vorzug. Festanstellung erst nach sechswöchentlicher Probezeit. Bewerbungen sind bis spätestens 23. Oktober einzureichen.

Centralkrankenkasse der Tischler.
J. A.: G. Blume,
Hamburg 19, Bismarckstr. 36.

Möbeltischler auf furnierte Arbeit für sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung gesichert. Teilarbeit, Dampfbetrieb.
H. Röske, Lassan (Pom.).

Zwei tüchtige **Modelltischler** verlangt.
Richard Boiselle, Modellfabrik,
Ludwigshafen-Mundenheim.

---

3 tüchtige **Bautischler** für Fabrik mit Kraftbetrieb per sofort gesucht. Lohn und Akkordarbeiten nach Tarif.
R. Wiwjorra, Konitz (W.-Pr.).

Für einen verheirateten tüchtigen

Rahmenschreiner

(kein Glaser) angenehme sichere Lebensstellung.
Niedersächs. Rahmenfabrik,
Osnabrück.

Mehrere **Bautischler** sowie ein älterer erfahrener, der evtl. die Bautischlerei leiten kann, können sich melden bei
A. Salamowitz, Tischlerei mit elektrisch. Betrieb, **Strasburg** (Westpreußen).

Erfahrene **Möbelschreiner** finden dauernde Arbeit in den
Werkstätten Bernard Stadler
Paderborn.

Tischler und **Stuhlbauer** für dauernde Beschäftigung gesucht.
H. Fritsche & Co., Luxusmöbelfabrik
Liegnitz.

Schreiner, die auf bessere, lackierte Schlafzimmer eingearbeitet sind, finden dauernde Beschäftigung bei
Möbelfabrik Wortmühle, G. m. b. H.
Station Albsheim a. d. Eis (Pfalz).

Gesucht einige **Schreiner** für gute Speisezimmer usw., einige Spezialisten für polierte Garnituren, insbesondere feine geschweifte Gestelle und einige **Polierer.** Dauernde Arbeit. Verheiratete ev. Umzugsvergütung.
Schubert & Schramm, Möbelfabrik
Uttwil am Bodensee (Schweiz).

---

2 Tischler auf bessere furnierte Möbel gesucht. Stundenlohn 45 Pf., auch gute Akkordarbeit. Dauernde Beschäftigung. Nur beste Kräfte wollen sich melden bei der **Lokalverwaltung in Schlawe,** Pommern. Verwaltr. R. Zachoff, Winterstr. 8.

Tüchtiger

Rahmenschreiner

für bessere Arbeit sofort gesucht.
Hugo Schön, Kunsthandlung, **Mannheim.**

Suche zwei tüchtige **Tischler.**
Aug. Drenkhahn, Tischlermeister
Techentin bei Ludwigslust (Mecklenburg).

Stuhlmacher gesucht.

Durchaus selbständiger Arbeiter auf feine gewichste und polierte Gestelle findet dauernde Beschäftigung bei
Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik
Karlsruhe i. B.

Tüchtige **Stuhlbauer, Tischler** und **Drechsler** auf bessere Sitzmöbel bei hohen Akkordlöhnen für dauernde Beschäftigung gesucht. **Wm. Georgi & Co.,** Stuhlfabrik **Kreuzburg,** Ober-Schlesien.

Für unsere neuerbaute, in allen Teilen modern eingerichtete Sitzmöbelfabrik, suchen wir für sofort eine größere Anzahl **Stuhl- u. Sesselbauer.** Da fast nur Lederstühle angefertigt werden, ist der Verdienst ein sehr guter.
Penselin, Stöß & Co., Blomberg i. Lippe.

Selbständige **Arbeiter für Holzbearbeitungs-Maschinen** sowie tüchtige **Stellmacher** bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung sofort gesucht von
Waggonfabrik vorm. Busch, Bautzen.

Tüchtige **Polierer,** sowie einer für Eiche, können sofort bei guter Bezahlung und dauernder Stellung eintreten. Möbelfabrik **Wilh. Bitzer & Co., Tailfingen** bei Ebingen.

Tüchtige Ueberpolierer für Pianos und Flügel, stellt sofort ein **R. Weißbrod,** Hofpianofortefabrik, **Eisenberg** (Thür.).

---

2 bis 3 tüchtige, selbständig auf Salonmöbel eingearbeitete **Fertigpolierer** im Alter von über 26 Jahren gesucht.
Arbeitsnachweis Darmstadt
Bismarckstr. 19.

Mehrere tüchtige **Polierer** auf Schirm- u. Spazierstöcke nach Mittel- und Norddeutschland werden verlangt. Meldungen erbeten an den **Zentralarbeitsnachweis** für die Stockindustrie, **Berlin SO. 16.**

Tüchtige und fleißige **Fertigmacher** für Flügel- und Pianoklaviaturen sowie tüchtige **Elfenbein-Beleger,** die das Bein vorarbeiten und saubere Fugen leimen können, sofort in dauernde Arbeit gesucht. Evtl. Reisezuschuß. **Dethleffs & Co.**
Klaviaturfabrik, **Leipzig.**

Glasergeselle, für dauernd, sofort gesucht.
Bernhard Gruber, Glasermeister
Eisenberg, S.-A.

Modelldrechsler gesucht. (Wird ev. angelernt.) **H. Schulz & Co., Kiel,** Schönbergerstraße 143.

Perlmutter-Ausbohrer, -Drechsler, auch für Galalith, stellt sofort ein
O. Münch, Strausberg (Berlin).

Einige geübte **Hartgummidrechsler** finden sofort dauernde Beschäftigung.
Gebrüder Merten, Gummersbach, Rhl.

Tüchtiger **Drechsler** auf Schirmteile und gedrehte Schirmgriffe, der seine Arbeiten auch in der Drehbank polieren kann, findet gut lohnende Beschäftigung.
Emil Keller & Co., Bürgel i. Thür.

Tüchtige **Einleger** sucht Meißner Stockfabrik **J. D. Heutschel & Wittich** G. m. b. H. **Meißen** i. Sa.

Tüchtiger **Barockvergolder** auf Leisten, welcher auch das Bronzepolieren in jeder Hinsicht versteht, wird als **Vorarbeiter,** gegen festes Gehalt, von einer größeren Leistenfabrik Provinz Brandenburg gesucht. Anfrage an die Exp. d. Ztg. unt. **R. E. 321.**

Ein **Korbmacher** auf Mattarbeit gesucht. Winterarbeit.
Otto Poecke, Neu-Lewin, Oderbruch.

Gesucht sofort ein junger **Korbmacher** auf Geschlagen und Rohrarbeit.
C. Hackmann, Geesthacht bei Hamburg.

Ein tüchtiger **Korbmachergehilfe,** der in allen Arbeiten gut eingearbeitet ist, auch auf Reparaturen, für Ladengeschäft auf dauernde Stellung bei gutem Lohn zu sofort gesucht. Muß auch befähigt sein einen Lehrling mit auszubilden.
Johann Falck, Rostock i. Meckl.

Korbmachergehilfen gesucht auf Geschlagenes bei hohem Lohn. **Karl Klengel, Dresden-A.,** Kesselsdorferstr. 67.

---

2 **Korbmacher,** flotte Mattarbeiter, stellt sofort ein.
F. Bechold, Rothenburg a. Oder.

Für meine zweite Werkstelle suche noch **10 Korbmacher** auf Mattarbeit (Fischkörbe), bei tarifmäßigem Lohn. **Heinr. Döscher, Sellstedt** Kr. Geestemünde.

Korbmacher, saubere Arbeiter, auf Weiße- und ... für sofort gesucht.
E. Pankrath, Düben a. M., Mittelstr. 135.

Gesucht 1 **Korbmacher** auf Mattarbeit.
H. Thobaben, Korbmacher
Hove bei Estebrügge.

Ein tüchtiger, jüngerer
Korbmachergeselle
für alle vorkommenden Arbeiten (hauptsächlich Geschlagenes und Reparatur, Gestellarbeit erwünscht) bei **gutem Verdienst** auf dauernde Beschäftigung gesucht. Eventuell stelle ich auch einen **soliden, verheirateten Gesellen** ein.
Richard Braun, Hofkorbmachermeister
Schwerin i. Meckl.

Gesucht 1 **Korbmacher** auf Mattarbeit.
Joh. Rieper, Korbmacher
Königreich bei Estebrügge.

---

2 tücht. **Korbmacher** auf Mattarbeit und Geschlagen sofort für dauernd gesucht. **Karl Kretschmer, Zittau,** Sachs., Löbauerstr. 70.

3 tüchtige **Korbmacher** auf Mattarbeit stelle sofort ein. Kost und Logis 7,— Mk. **Herm. Liehr, Groß-Tschansch** b. Breslau.

6 **Korbmacher** auf Fischkörbe gesucht.
H. Ehlers, Sellstedt, Kreis Geestemünde.

---

1 **Korbmacher** auf Geschlagenes und Grün stellt noch ein **Hermann Kummer, Schmölln** (Sachs.-Altenburg).

2 tücht. **Bürstenmacher,** Einzieher und Pecher, finden dauernde Beschäftigung bei gutem Akkordlohn. **Heinr. Plönjes,** Bürstenfabrik, **Varel,** Oldenburg.

Tüchtiger **Bedecktbohrer** für sofort gesucht. Offerten unter Angabe der Lohnansprüche an **Otto Steinbeis u. Consorten, Rosenheim.**

---

1 tüchtigen **Holzpantinenmacher** sucht bei hohem Lohn für sofort
Paul Kriebel, Dampftischlerei
Reisicht in Schlesien.

Alles zur **Laubsägerei**
Kerbschnitt und Holzbrandmalerei
liefert allerbilligst
J. L. Hahn, Maxdorf 11 (Pfalz)
Katalog gratis und franko.

Mein lieber Freund

Interessierst Du Dich für **amerik. Werkzeug-Neuheiten?** Dann verlange sof. gratis **Plakat Januar 1912** mit vielen neuen Abbildungen von
Otto Bergmann, Berlin SO. 33,
Oppelner Straße 31.
Patent Schraubenzieher Yankee Nr. 80, ausgezogene Länge 50 cm, mit 3 Klingen à 4,50 Mk.
Schabhobel Art Nr. 80, m. 1 Eis. 70 mm br. à 2,25 Mk.; Schabhobel König Nr. 8, Original do. à 2,25 Mk.; Reform-Putzhobel m. Gar. 1a à 5,25 Mk.; Leimkratzer 1a Stahl 60 mm br. à 60 Pf.; Echte Disston Ziehklingen à 30 Pf., 6 Stck. 1,50 Mk.; 1a Dübeleisen 8 Löcher mit Zähne à 1,40 Mk.; Bohrwinden m. Kugellager à 1,50 Mk.

Der Kastenmacher
geometrisch erläutertes, fachwissenschaftl. Werk. Vollständ. Abhandl. der Konstrukt. d. Windschutzbenden (neu) von J. Feldwabel, Wien. Zu beziehen durch d. Vertreter **Joh. Maier, Obertürkheim bei Stuttgart,** Bergstr. 7, I.

Ueberall kann man's hören,

daß Walde, „Der praktische Tischler“, das beste Lehr-, Lern- und Nachschlagebuch für jeden Tischler ist. Das über 800 Seiten starke Werk mit 1000 Textfiguren, 94 ein- und 8 mehrfarbigen Tafeln und 2 zerlegbaren Modellen, kostet nur 22 Mk. Die Zahlung kann in monatlichen Raten à 3 Mk. erfolgen. Wer vorwärts strebt, muß dieses allseitig empfohlene Werk besitzen; es erleichtert jedem das Fortkommen und hilft verdienen. Beachten Sie die günstigen Zahlungsbedingungen und bestellen Sie es noch heute von E. H. Frieör, Reisner, Buchhandlung, Leipzig, Salomonstr. 10 b.

Laubsägerei

Kerbschnitt- u. Holzbrand-Werkzg., Holz, Vorlagen usw. in groß. Auswahl billigst.
J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.
Katalog gratis und franko.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel
liefert seit 30 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 70.

Kunstgewerbliche Tischlerschule
Blankenburg, H. 2
Programm frei. **Direktor Reincking.**

Deutschlands einzige mit Handelslehranstalt verbundene
Tischlerfachschule Ilmenau.
Grösster Stellennachweis f. Schüler unserer Anstalt, mit zirka 10000 Möbelfabriken und Tischlereien des In- u. Auslandes. Progr. frei. **Dir. Steinig.**

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Erstkl. techn. u. kunstgewerbl. Lehranstalt m. Handelskursen. **Nürnberg.**
Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. — Im 8. Schuljahre erhielten 69 Schüler Stellung. Progr. und ill. Brosch. umsonst.

SEIT 20 JAHREN steht die **Fachschule Detmold** an der Spitze der Tischlerfachschulen. Auskunft frei. **DIREKTOR KOLSCHER**

Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule
Cöthen 3 in Anhalt.
Theor. u. prakt. Ausb., Erf. gar. Dauer 4 Wch. ohn. Vorbild., gutbez. Stell., Eintr. tägl., Ausk. kostenl. (a. Meisterprüf.). Kurse f. a. höh. Betriebsbeamte.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, **Hamburg 23**

Unübertroffen und darum von so grosser **Werbekraft** sind mein wasserechtes **Peha-Matt,** meine nach eigenem Verfahren hergestellten und **gereinigten Schellackpolituren** und meine hochmodern. **Holzbeizen,** die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambranitbeizen usw.) Mein **neues Polierverfahren** hat sich glänzend bewährt. Es ist **durch Reichspatente** gesetzlich geschützt!

Man **erspart: Material, Zeit, Arbeit!**

Ich versende **zum Versuch** ein Körbchen, enthaltend:

1 Fl. Peha-Matt
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt
1 „ Patentpolitur zum Reinpolieren
1 „ allerf. Politur-Glanzlack (blond)
1 „ Kristall-Lack (blond)
1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich)
1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.)
1 „ „ Marmor-Mono (mahag.)
1 „ Bimsstein-Pol.-Pulv. (hellnuss)
1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum Auskitten schadhafter Holzstellen)
1 St. Kork-Schleifklotz (120×75×30 mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskollo zum Polieren zu 8 Mk., franko inkl. Emballage.

Mein **Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes** (so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in **II. revidierter und illustrierter Auflage** erschienen. Dies allseitig **glänzend beurteilte** Werk kostet im Buchhandel 1,50 Mk., bei Bezug von 10 Exemplaren auf einmal werden nur 10 Mk. berechnet. **Mein neues Preisverzeichnis** wird jedem auf Wunsch gern umsonst zugesandt.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt! **Abonnement 3 Mk. das Jahr.**

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von **Paul Horn.** In der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben. In bester Verpackung werden sie postfrei für 1 Mk. versandt.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellsch. m. b. H. in Berlin.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.